

Gesundheit und Soziales

Sozialamt

Das Sozialamt hat im Jahr 1977 Stellungnahmen abgegeben zum Gesetzentwurf eines Wiener Verwaltungsakademiegesetzes, der 25. Opferfürsorgegesetznovelle, eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsoferversorgungsgesetz 1967 geändert wird, ferner eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen geändert wird, weiters eines, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (25. Novelle zum GSPVG), eines, mit dem das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (6. Novelle zum B-PVG), eines, mit dem das Heeresversorgungsgesetz geändert wird, eines, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geändert wird; schließlich Entwürfe zu Bundesgesetzen über die Sozialversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen (Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz — GSVG), über die Sozialversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen (Bauern-Sozialversicherungsgesetz — BSVG) und über die wöchentliche Ruhezeit und die Arbeitsruhe an Feiertagen (Arbeitsruhegesetz — ARG), außerdem zu Durchführungsverordnungen zum Arbeitsruhegesetz (Erstellung eines Ausnahmekatalogs). Weiters wurden zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit sowie in der Frage des Beitritts der Republik Österreich zum Abkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954 Stellungnahmen abgegeben.

Dem Sozialamt gehörten am 31. Dezember 1977 358 Bedienstete an. Diese Zahl umfaßt auch die Bediensteten im Behindertenzentrum, die in den Herbergen für Obdachlose sowie die dem Sozialamt unterstellten Bediensteten der Sozialreferate. Zusätzlich wurden aus dem Stand der Magistratsdirektions-Verwaltungsrevision noch 7 Bedienstete und 40 Bürokaufmannslehrlinge zur Verfügung gestellt. In den Pensionistenklubs sind jeweils in den Monaten Jänner bis April und Oktober bis Dezember Betreuerinnen tätig. Am 31. Dezember 1977 waren es 332.

Die Fachaufsicht hat die Tätigkeit und Organisation der Sozialreferate laufend überprüft und diesbezügliche Erlässe bearbeitet. Außerdem ist die Fachaufsicht für diverse Organisationsangelegenheiten der Abteilung (Notruf für Soziales und Gesundheit, Journaldienste usw.), für die Neu- und Wiederauflage von Drucksorten und für Bauangelegenheiten, mit Ausnahme von Pflegeheimen und Herbergen, zuständig. Ihr obliegt bei Delogierungen aus Gemeindewohnungen die Koordination mit dem Jugendamt und den Magistratsabteilungen für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens und für Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude. Zu ihren Agenden gehört auch die Verbindung zum Verein für Bewährungshilfe und soziale Jugendarbeit sowie zur Caritas der Erzdiözese Wien.

In der Allgemeinen Sozialhilfe wurden die Richtsätze für die Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes durch Verordnung der Wiener Landesregierung vom 17. November 1976, LGBl. für Wien Nr. 27/1976, erhöht und betragen ab 1. Jänner 1977 für den Alleinunterstützten 2.067 S, für den Hauptunterstützten 2.015 S, für den Mitunterstützten ohne Anspruch auf Familienbeihilfe 1.034 S und für den Mitunterstützten mit Anspruch auf Familienbeihilfe 620 S.

Der zur Angleichung der Dauerleistung an die Bezüge der Ausgleichszulagenempfänger gewährte Zuschlag wurde ebenfalls erhöht und betrug ab 1. Jänner 1977 für den Alleinunterstützten 737 S und für den Hauptunterstützten 948 S.

Sozialhilfe als Dauerleistungen an alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1977 in 7.415 Fällen 8.070 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1976 ergab sich eine Abnahme um 2 Fälle und um 155 Personen. Davon waren 74 Personen Kriegsgeschädigte, 2.868 Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 18 Kleinrentner, 206 Ausländer und 4.904 sonstige Dauerleistungsempfänger. Rund 6.760 Personen waren alleinstehend. Bemerkenswert ist die Zahl von 2.634 Pensionisten, die nur deshalb eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als 250 S zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Deckung des notwendigen Bedarfes wurden in 32.106 Fällen gewährt, 4.853 Pensionsbewerber und 4.188 arbeitsfähige Mütter erhielten Aushilfen. In 276 Fällen wurden Hinterbliebenen Beiträge zum Bestattungsaufwand für verstorbene bedürftige Personen gewährt. Die Zahl dieser Geldaushilfen stieg von 41.203 im Jahr 1976 auf 41.423 im Jahr 1977.

Aus dem Titel der Gewährung der Krankenhilfe verrechnete im Jahr 1977 die Wiener Ärztekammer rund 13.100 Kranken- und Überweisungsscheine für Sozialhilfeempfänger. Die Kosten für ärztliche Behandlung und Arzneimittelversorgung betrugen etwa 13 Millionen Schilling. Der Aufwand

für konservierende und prothetische Leistungen der Zahnärzte und Dentisten machte 1.550.000 S, für Wochenhilfe in 81 Fällen rund 154.000 S aus.

Ersatzansprüche für Sozialhilfekosten wurden gegen Sozialhilfeempfänger und deren unterhaltspflichtige Angehörige sowie gegen Dritte, wie Pensionsversicherungsanstalten, Krankenversicherungsträger und fremde Sozialversicherungsträger, geltend gemacht. Im Jahre 1977 wurden 4.523 neue Erstattungsanträge in der geschlossenen Sozialhilfe und 439 in der offenen Sozialhilfe bearbeitet. Kostenersatzansprüche Dritter wurden gemäß § 31 Wiener Sozialhilfegesetz in 1.096 Fällen mit einem Aufwand von 146.569,1 S gewährt. In 160 Fällen wurden vom Verein für Bewährungshilfe und Jugendarbeit 30.104 S aufgewendet, in 923 Fällen belief sich die Unterstützung des Bahnhofsozialdienstes auf 112.281 S und die Caritas der Erzdiözese gewährte in 13 Fällen 4.184 S.

Im Zuge der Repatriierungen wurden 3 Österreicher aus dem Ausland in heimatliche Betreuung durch Aufnahme in ein Pflegeheim übernommen. 2 Ausländer wurden nach Bulgarien beziehungsweise Jugoslawien überstellt. Außerdem wurden zu 44 Einreiseansuchen von Ausländern, die beim Bundesministerium für Inneres um Bewilligung des dauernden Aufenthaltes in Österreich einreichten, Stellungnahmen abgegeben.

Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände in 664 Fällen einmalige Aushilfen im Betrag von rund 2.570.000 S gewährt.

Von 24 eingebrachten Umschuldungsanträgen (Aktion im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen) wurden 5 positiv erledigt, 19 Anträge mußten abgelehnt werden.

Im Zuge der Aktion „Erdgasumstellung“ wurden von 5.159 eingelangten Anträgen auf Kostenübernahme 5.081 positiv erledigt. Der Kostenaufwand betrug rund 17 Millionen Schilling.

Im Jahre 1977 wurden 1.148 Anträge auf Gewährung einer Mietzinsbeihilfe auf Grund des § 26 des Wiener Wohnbaufonds in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 28. Februar 1975, Pr. Z. 544, eingebracht; einschließlich unerledigter Anträge aus dem Vorjahr konnten 715 positiv erledigt werden, 458 mußten mangels Vorliegens der Voraussetzung abgelehnt werden. Im Bezug einer Mietzinsbeihilfe standen 6.672 Personen.

Für Hilfe für Behinderte wurden 1.300 Anträge eingebracht, und zwar wurde in 374 Fällen Eingliederungshilfe, in 47 ein Zuschuß zur geschützten Arbeit, in 633 Pflegegeld beantragt, in 242 um die Bewilligung von Beschäftigungstherapie und in 4 Fällen um Aufnahme in ein Wohnheim ersucht. Bis Jahresende wurden 1.400 der am 31. Dezember 1976 noch offenen sowie im Jahr 1977 neu eingelangten Anträge erledigt. In 374 Fällen wurde Eingliederungshilfe, in 41 geschützte Arbeit, in 255 Beschäftigungstherapie und in 730 Fällen Pflegegeld gewährt. Mit 31. Dezember 1977 waren in 2.658 Fällen Dauerleistungen der Behindertenhilfe bewilligt, und zwar 958 Kostenbeitragsleistungen zu Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekursen sowie zu Wohnheimen (Behindertenzentrum 101, Jugend am Werk 566, „Lebenshilfe Wien“ 148, „Lebenshilfe Niederösterreich“ 35, Bandgesellschaft 101, sonstige Institutionen 7), 1.430 Pflegegeldbezüge und 270 Beiträge zu anderen laufenden Leistungen. Diese umfaßten in 55 Fällen Hilfe zur Erziehung und Betreuung von behinderten Kindern in den zwei Kindertagesheimstätten der Lebenshilfe und im Kindertagesheim des Kuratoriums für künstlerische und heilende Pädagogik; Kostenzuschuß für Hausunterricht, Kursbesuche, Fahrtschulbesuche und sonstige Hilfen zur Schulausbildung gab es in 30 Fällen, Heimunterbringungskosten für berufliche und medizinische Rehabilitation in 19 Fällen, Hilfe zur geschützten Arbeit in 154 Fällen, Hilfe zum Lebensunterhalt in 4 Fällen und persönliche Hilfe in 8 Fällen.

Für Beratungs- und Betreuungsdienste für Behinderte wurden 7 privaten Vereinigungen, welche die Interessenvertretung und die Betreuung von Behinderten übernommen haben, Zuschüsse gewährt, und zwar der Multiple-Sklerose-Gesellschaft 320.000 S, der Gesellschaft zum Schutze psychisch Behinderter „Pro mente infirmis“ 535.000 S, der Caritas der Erzdiözese Wien 270.000 S, dem Verband aller Körperbehinderten Österreichs 140.000 S, dem Österreichischen Zivilinvaliden-Verband Wien 140.000 S, dem Club Handicap 140.000 S und dem Begegnungs-Center für psychisch Behinderte 140.000 S. Diese Beratungs- und Betreuungsdienste kamen mehr als 10.150 Behinderten zugute.

Zur Verbesserung der Information und als Mittel der Koordination auf dem Gebiete der Behindertenhilfe wurden den mit Behinderten in Kontakt kommenden Stellen weitere 25.000 Broschüren „Wege- weiser für Behinderte“ zur Verfügung gestellt.

Der seit Mitte 1975 bestehende Transportdienst für Behinderte wurde erweitert. Bereits 160 Behinderte wurden mit Kleinbussen von der Wohnung in die Tagesheimstätten und zurück befördert. Dies erforderte 1977 einen Kostenaufwand von rund 4 Millionen Schilling.

Für die Finanzierung eines vom Club Handicap mit einer Mietwagenfirma organisierten Beförderungsdienstes für Schwerstbehinderte wurden 250.000 S gewährt. Dieser Beförderungsdienst soll Schwerstbehinderten für den Besuch sportlicher und kultureller Veranstaltungen sowie für wichtige

unaufschiebbare und im persönlichen Interesse der Schwerstbehinderten gelegene Fahrten zur Verfügung stehen.

Schwerst Körperbehinderte, die für die Gestaltung ihres Urlaubes vermehrte Ausgaben haben, erhielten 1977 abermals einen Zuschuß. Die zur Verfügung gestellte Summe von 1 Million Schilling erhielten 1.000 Behinderte. Als „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ bekamen 40 Behinderte, die blind und taub sind, neben der Blindenbeihilfe eine weitere monatliche Beihilfe. Die Kosten betrugen 434.000 S. Fahrbegünstigungen hatten 2.138 Blinde und 156 Gehbehinderte. 76 Zivilinvalide bezogen Aushilfen in einer Gesamthöhe von 40.013 S.

Auf Grund des Blindenbeihilfengesetzes wurden im Laufe des Jahres 1977 714 Anträge auf Gewährung von Blindenbeihilfe gestellt. Die Anzahl der Blindenbeihilfenbezieher stieg um 252. Mit 31. Dezember 1977 standen 3.663 Personen im Bezug einer Blindenbeihilfe, davon waren 1.665 Blinde und 1.998 schwerst Sehbehinderte. Durch die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 22. Dezember 1976, LGBL. für Wien Nr. 29/1976, wurden die Bezüge mit Wirkung vom 1. Jänner 1977 für Blinde auf 2.390 S und für schwerst Sehbehinderte auf 1.550 S monatlich erhöht.

Anfang Mai 1977 wurde eine zentrale Beratungsstelle für Behinderte eingerichtet. Sinn dieser Einrichtung ist es, Behinderte über sämtliche Leistungen und Möglichkeiten der Hilfestellungen nach dem Wiener Behindertengesetz sowie nach anderen einschlägigen Gesetzen zu informieren und zu Problemlösungen beizutragen. Bis 31. Dezember 1977 haben an 63 Beratungstagen etwa 200 Behinderte von der Möglichkeit der Beratung Gebrauch gemacht.

Das Behindertenzentrum der Stadt Wien nahm im Rahmen der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapie Kurse 370 Begutachtungen vor. Die Kurse waren mit 102 Kursteilnehmern zum Jahresende um 2 Personen überbelegt; für Neuaufnahmen besteht bereits eine Warteliste. In 11 Fällen ist eine Arbeitsvermittlung auf Grund der Bemühungen der Sozialarbeiter, der Beschäftigungstherapeuten und der Heilgymnastin zustande gekommen. Die 1977 erfolgte Einrichtung einer zweiten Buchbinderwerkstätte bietet eine zusätzliche Möglichkeit für qualifiziertes Arbeitstraining. Durch die Anschaffung eines EMG-Feedback-Gerätes ist es möglich, bei Körperbehinderten (Spastiker usw.) eine gezielte Entspannungstherapie durchzuführen.

Eine Ausstellung von im Behindertenzentrum erzeugten Werkstücken anlässlich des Muttertages hat zum besseren Kontakt mit den Eltern der Behinderten beigetragen. Wie 1976 erwies sich eine Weihnachtsverkaufsausstellung, die mit Unterstützung des Bezirksvorstehers für den 16. Bezirk im Rahmen der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien durchgeführt wurde, als sehr erfolgreich. Der Reinertrag konnte gegenüber dem Jahre 1976 verdreifacht werden und steht den Behinderten des Hauses für Freizeitaktivitäten zur Verfügung.

„Club 21“, ein Freizeitklub für Behinderte, ist unter Mitarbeit von drei Sozialarbeitern und einer Schauspielpädagogin an fünf Abenden der Woche in Betrieb. Den Behinderten konnte auch 1977 ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm, wie Ausflüge, Besuche von Ausstellungen, Gschnasfest, geboten werden. Es wurden Anleitungen zum Photographieren, Entwickeln und Vergrößern gegeben. Eine Theateraufführung von Behinderten zeigte, welcher Anstrengung auch mehrfach Behinderte fähig sind und wie sie sich an ihrem Erfolg freuen können.

Bei den Herbergen der Stadt Wien für Obdachlose suchten 222 Familien und 18 Einzelpersonen um Aufnahme in die Familienheime in 12, Kastanienallee 2, und in 3, Gänsbachergasse 3, an; 62 Familien wurden aufgenommen. Davon wurden 11 Familien mit 53 Personen durch die Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens, 51 Familien mit 147 Personen durch das Sozialamt — Referat Herbergenverwaltung eingewiesen. 61 Familien mit 215 Personen haben die beiden Familienheime verlassen; 25 Familien mit 99 Personen erhielten eine Gemeindeförderung, 36 Familien mit 116 Personen haben selbst eine Unterkunft gefunden. In die Frauenherberge, 12, Rutenstockgasse 2, konnten 84 Personen aufgenommen werden; 88 Personen haben das Heim verlassen. In die Männerherberge, 20, Meldemannstraße 25—27, wurden 326 Personen aufgenommen; 360 konnten das Heim verlassen. In den Heimen wurden zahlreiche Instandsetzungsarbeiten und bauliche Änderungen, insbesondere bei den sanitären Anlagen, durchgeführt. Im Männerheim Meldemannstraße wurden 53 Kleinkabinen wegen ihres schlechten Bauzustandes niedergerissen und neu, zweckentsprechender aufgebaut und adaptiert.

Bei der Aufnahmestelle des Sozialamtes langten 6.180 Anträge um Aufnahme in Pflegeheime ein, wovon 5.129 bewilligt wurden. 3.097 Personen wurden in ein Pflegeheim der Stadt Wien aufgenommen, 483 Personen gegen gänzliche oder teilweise Kostenübernahme in private Pflegeheime eingewiesen. In 1.741 Fällen mußten Antragsteller Ende 1977 infolge der angespannten Bettenlage Wartezeiten hinnehmen. In einigen Fällen verzichteten die Patienten trotz positiver Erledigung ihres Antrages auf Aufnahme in ein Pflegeheim, da sie bei Verwandten oder in privaten Heimen Aufnahme gefunden

haben. 2.087 Hausbesuche des Amtsarztes zur medizinischen Begutachtung der Aufnahmewerber wurden durchgeführt.

Die Zentralaufnahmestelle für Heilstätten- und Kurbedürftige bewilligte 49 hilfsbedürftigen Personen aus Sozialhilfemitteln Kosten- oder Teilkostenersatz für einen Kuraufenthalt oder für einen Aufenthalt in einem Rekonvaleszentenheim. Die Bewilligung der Kostenübernahme für Aufenthalte in Rekonvaleszentenheimen kann nach operativen Eingriffen oder zur Nachbehandlung Hilfsbedürftigen erteilt werden, die nach Abschluß einer nichtchirurgischen Krankenhausbehandlung einer speziellen medizinischen Betreuung und Wartung zur Wiederherstellung bedürfen, die in einem normalen Haushalt nicht gewährt werden kann.

Die spezielle Familien- und Individualhilfe hat im Rahmen der Betreuung von Einzelfällen 11.151 Aussprachen, 1.301 Dienstwege und 2.847 Hausbesuche durchgeführt. 3.391 Personen, davon 500 Fälle aus dem Jahre 1977, wurden betreut; Kurzkontakte waren in 2.284 Fällen, davon 915 aus 1977, notwendig. Auf Grund des ständigen Ausbaues des Referates Spezielle Individual- und Familienhilfe in arbeitsmäßiger und personeller Hinsicht war die Dezentralisierung des Einsatzes notwendig geworden. Im Jahre 1977 wurden daher Vorarbeiten getroffen, um das Konzept einer Sektorbildung zu verwirklichen. Hiefür wurden die 23 Bezirke Wiens in 4 Sektoren geteilt. In jedem Sektor wird sich eine Einsatzstelle befinden, von der aus die Sozialarbeiter für die Bevölkerung leichter erreichbar sowie auch selbst rascher einsatzfähig sein werden. Das erste Sektorlokal befindet sich in 8, Lerchengasse 19, und wird Mitte Jänner des kommenden Jahres bezogen werden. Von diesem Sektor aus werden die Bezirke 1 bis 9 und 11 betreut werden.

Der Verbindungsdienst zu den Kranken- und Pflegeanstalten stand den Patienten und ihren Angehörigen wieder zur Verfügung, um ihnen bei der Bewältigung der durch die Erkrankung entstandenen Probleme sowie bei der beruflichen und gesellschaftlichen Rehabilitation zu helfen. Einer besonderen Betreuung bedurften 6.672 Personen, wovon 1.017 im Jahre 1977 neu hinzukamen. Kurzkontakte waren in 17.137 neuen und in 8.237 wiederholt anhängig gewordenen Fällen notwendig, 58.487 Aussprachen, 1.928 Dienstwege und 2.332 Hausbesuche wurden gemacht.

Über Ersuchen des zuständigen Primarius sowie des Bezirksvorstehers für den 6. Bezirk wurde 1977 erstmals ein Verbindungsdienst im Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in 6, Liniengasse, eingerichtet. Eine Sozialarbeiterin stand den Patienten und deren Angehörigen einmal wöchentlich zur Verfügung. Ein weiterer neuer Verbindungsdienst besteht seit Oktober 1977 zur Station für entwicklungsgestörte Kinder des Neurologischen Krankenhauses der Stadt Wien — Rosenhügel. Eine Sozialarbeiterin bemühte sich vor allem um die Eltern entwicklungsgestörter oder geistig behinderter Kinder, um zur Erleichterung ihrer schwierigen Situation, zum besseren Verständnis und zur Information über vorhandene soziale Dienste beizutragen. Im „Tag- und Nachtspital“ des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien stand einmal wöchentlich eine Sozialarbeiterin den Patienten zur Verfügung, um ihnen auf ihrem Weg zur sozialen Integration helfend beizustehen.

In der 1977 neu gegründeten verhaltenstherapeutischen Wohngemeinschaft standen nach dem Modell eines Halfway-Houses 4 Sozialarbeiter zur stundenweisen Betreuung der Pfleglinge zur Verfügung. Die Betreuung erfolgte auch an Samstagen und Sonntagen und wurde in Zusammenarbeit mit dem psychiatrischen Leiter der verhaltenstherapeutischen Abteilung der Psychiatrischen Universitätsklinik durchgeführt. Die Wohngemeinschaft mit ihrem familienähnlichen Charakter soll die Verselbständigung der Pfleglinge ermöglichen.

Die Ehe- und Familienberatungs- sowie die Familienplanungsstellen, die gemeinsam vom Sozialamt und vom Anstaltenamt geführt werden, sind im Jahre 1977 vermehrt in Anspruch genommen worden. In den 3 Ehe- und Familienberatungsstellen wurden an 126 Beratungsabenden 2.124 Gespräche geführt. Durch Sozialarbeiter wurden 852, durch Juristen 745, durch Psychologen 254 und durch Psychiater 273 Beratungen durchgeführt. 2.260 Personen, 317 Männer, 1.229 Frauen und 357 Ehepaare, wurden beraten. In den Familienplanungsstellen der Stadt Wien wurden 8.747 Frauen, 66 Männer, 299 Ehepaare und 20 Familien beraten. Von Gynäkologen wurden 9.014, von Sozialarbeitern 5.555 Beratungen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildung für Sozialarbeiter fand am 1. und 2. Juli für die Mitarbeiter der Ehe- und Familienberatung ein Seminar unter der Führung von Frau Elsa Leichter, New York, statt, wobei vor allem die Ansätze Therapie versus Beratung diskutiert und die aus der Praxis gewonnenen Erfahrungen auf Grund gegenwärtiger Theorien durchleuchtet wurden. An dem Seminar nahmen 37 Personen teil, die mit den Problemen der Ehe- und Familienberatung, Therapie und Familienplanung befaßt sind. Zur besseren Kenntnis und zur Intensivierung des Verständnisses moderner Methoden der Sozialarbeit (Casework, Group Work, Community Organisation) nahmen zwei Sozialarbeiter an einem Fachkurs für vertiefte Einzelhilfe und psychiatrische Fürsorge teil, der gleichzeitig die Möglichkeit der Supervision bot. Dieser Fachkurs fand im Rahmen der Gesellschaft für psy-

chische Hygiene statt und wurde von der Referatsleiterin geführt. Einige Sozialarbeiter haben an Gruppentrainingsseminaren teilgenommen. Studierende der Akademien für Sozialarbeit absolvierten laufend ihre Praktika im Referat. Sozialarbeiter des Referates unterrichteten an den Krankenpflegeschulen der Stadt Wien den Gegenstand „Soziale Wohlfahrt“.

Auch 1977 wurden die Klubbetreuerinnen der Pensionistenklubs der Stadt Wien von Sozialarbeitern geschult. Neuaufgenommene Klubbetreuerinnen nahmen an dem im Vorjahr ausgearbeiteten Programm teil, den anderen wurden Gruppengespräche und Ergänzungen ihrer Informationen angeboten.

Einmal in der Woche hatten die Bewohner der Männerherberge der Stadt Wien die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Abendberatungsdienstes mit einem Sozialarbeiter über ihre vielfältigen Schwierigkeiten zu beraten.

Im Rahmen des Kontaktbesuchsdienstes im 15. Bezirk betreuten zwei Sozialarbeiterinnen diejenigen älteren Menschen, die von den Kontaktbesuchern in Notlagen angetroffen wurden, halfen ihnen in Krisensituationen und vermittelten ihnen bei Bedarf soziale Dienste.

Dem Institut für Ehe- und Familientherapie war ein voll- und ein teilzeitbeschäftigter Sozialarbeiter zugeteilt. Sie bildeten gemeinsam mit einem Psychiater und einem Psychologen ein therapeutisches Team, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Strotzka stand. Aufgabe des Institutes ist die Therapie von Ehepaaren, Partnerbeziehungen in der Familie sowie auch die Einzeltherapie von Ehegatten. Das Institut erfreute sich großer Nachfrage.

Die im Verbindungsdienst zum Behindertenzentrum der Stadt Wien tätigen Sozialarbeiter waren auch 1977 bemüht, Behinderten die soziale Integration zu erleichtern und sie in ihrer Eigenständigkeit zu stützen und zu fördern.

Die Spiel- und Beschäftigungsgruppe, die im Pflegeheim der Stadt Wien — Lainz von zwei Sozialarbeiterinnen für schwerstbehinderte Patienten, zumeist gehirngeschädigte Jugendliche, einmal wöchentlich geleitet wird, fand bei den Patienten wieder großen Anklang.

Im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung wurden russische Rückwanderer aus Israel, die die Zeit bis zur Bewilligung ihrer Rückkehr in die UdSSR oder bis zur Weiterreise in andere Länder in Österreich verbringen, von Sozialarbeitern bei ihren Sprach- und Sozialisierungsschwierigkeiten betreut. In dem in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt für die Kinder der Remigranten geführten Kindergarten waren auch 1977 täglich 20 Kinder untergebracht. Der großen Zahl von chilenischen Flüchtlingen stand ein spanischsprechender Sozialarbeiter zur Verfügung, der ihnen, aber auch anderen Flüchtlingen aus Lateinamerika, bei ihrer Eingliederung und bei der Arbeits- und Wohnungssuche behilflich war. Start- und Überbrückungshilfen wurden auch Flüchtlingen aus der ČSSR sowie kurdischen Flüchtlingen geboten.

Im Rahmen der Sozialen Dienste wurden im Referat Heimhilfe von 10 Diplomkrankenschwestern 13.382 Hausbesuche zur Überprüfung der Notwendigkeit und zur Kontrolle von Heimhilfe, Hauskrankenpflege und gründlicher Wohnungsreinigung durchgeführt. In weiteren 950 Fällen wurden auf Grund von Anrufen beim Notruf für Soziales und Gesundheit, von Anrufen der Polizei, von Ärzten sowie Sozialarbeitern Hausbesuche durchgeführt und notwendige Hilfe veranlaßt. Bei den Hausbesuchen wurden wie bisher weitere Hilfeleistungen, wie bei Ansuchen um Pflegegeld, Hilflosenzuschuß, Blindenbeihilfe, durchgeführt. Die Diplomkrankenschwestern nahmen zum Praktikum für Betreuung Hilfsbedürftiger außerhalb von Anstalten bei ihren Hausbesuchen laufend Soziologiestudenten, Fürsorgeschüler sowie Krankenschwesternschülerinnen mit.

Im Jahre 1977 wurden 4.989 Anträge auf Heimhilfe- und Hauskrankenpflege gestellt und bearbeitet. Im Dezember 1977 wurden 4.375 Personen von 1.337 Heimbeförderinnen und 27 Diplomkrankenschwestern betreut, was eine Steigerung von 29 Prozent gegenüber 1976 bedeutete. Die Hauskrankenpflege miteingeschlossen wurden 1.348.617 Heimhilfestunden geleistet. In Zusammenarbeit mit den beiden Vereinen „Die Frau und ihre Wohnung“ und „Wiener Sozialdienste“ sowie mit dem Gesundheitsamt konnte die Idee eines Soforteinsatzes von Heimhilfe nach Spitalsentlassung realisiert werden. Diese Aktion besteht vorerst nur für Patienten des Elisabethspitals im 15. Bezirk, es ist aber geplant, sie auf weitere Spitäler auszudehnen.

Familienhilfe wurde für 281 Familien in Notsituationen im Ausmaß von 18.271,5 Stunden geleistet. Ende 1977 waren 19 Familienhelferinnen, im Jahresdurchschnitt 14, beschäftigt. Die Zahl der betreuten Familien ist gegenüber 1976 um 178 Prozent gestiegen.

Der Besuchsdienst bei einsamen alten Leuten, der seit Mitte 1974 besteht, betreute 1977 im Durchschnitt monatlich 489 Personen. Dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 41 Prozent. Im Rahmen des Reinigungsdienstes wurden 3.536 gründliche Wohnungsreinigungen mit einem Aufwand von 18.571,5 Stunden durchgeführt. Gegenüber 1976 bedeutete dies eine Steigerung um 104 Prozent. In 28 verwahrlosten Wohnungen wurden Entrümpelungen und anschließende Reinigungen durchgeführt.

Im Jahre 1977 ist es gelungen, die Aktion „Essen auf Rädern“ weiter auszudehnen. Ab 6. Februar 1977 konnte auch an Sonntagen ein Mittagessen, und zwar Normal-, Schon- und Diabetikerkost, zugestellt werden. Bis zum Jahre 1976 war an Samstagen nur die Zustellung von Normalkost möglich. Hilfebedürftigen kann nun an allen Tagen der Woche ein Mittagessen zugestellt werden. Im Dezember 1977 erhielten von Montag bis Freitag rund 3.100 Personen Normalkost, 600 Diabetikerkost und 1.525 Personen Schonkost; an Samstagen bezogen 1.620 Personen Mittagessen, an Sonntagen waren es 1.072.

Der Soziale Notruf wurde 1977 vermehrt in Anspruch genommen. Insgesamt konnten 5.052 Anrufe registriert werden. Davon erfolgten 3.055 Anrufe in der Zeit zwischen 7.30 und 15.30 Uhr, also während der normalen Dienstzeit, 1.997 Anrufe kamen in der Zeit zwischen 15.30 und 20 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen.

Der Wäschepflegedienst wurde auch 1977 weitergeführt; rund 1.500 Haushalte wurden monatlich betreut.

Der Kontaktbesuchsdienst, der bisher als Modellversuch im 15. Bezirk eingerichtet war, konnte im November 1977 auch auf den 10. und 21. Bezirk ausgedehnt werden. Gleichzeitig wurden Vorarbeiten geleistet, um 1978 in weiteren Bezirken Wiens diesen Dienst einzurichten. Er soll ältere Mitbürger über die vorhandenen Hilfen der Stadt Wien informieren. Eine mit dieser Aktion verbundene statistische Erhebung soll Aufschluß über die Lebenssituationen betagter Menschen in Wien bringen. 1977 wurden insgesamt 5.513 Personen besucht.

Der im Jahre 1976 probeweise eingerichtete Reparaturdienst für einfache Reparatur- oder Instandsetzungsarbeiten in Wohnungen betagter oder behinderter Personen verzeichnete 727 Einsätze. In 628 Fällen konnte die gewünschte Reparatur durchgeführt werden, in 99 Fällen war dies nicht möglich. In 106 Fällen wurde der Einsatz des Reparaturdienstes wieder storniert.

Als neuer sozialer Dienst wurde Anfang Mai 1977 eine verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft in 13, Lainzer Straße 38, eingerichtet. Bisher konnten 7 Personen, die in der verhaltenstherapeutischen Station der Psychiatrischen Universitätsklinik in stationärer Behandlung standen, aufgenommen und betreut werden, um ihnen den Übergang ins Berufs- und Familienleben zu erleichtern.

Die in jedem Wiener Bezirk eingerichteten Wiener Sozialberatungsstellen wurden weitergeführt und von insgesamt 3.955 Personen aufgesucht. Ein Jurist und ein Sozialberater stehen für Information und Beratung in sozialen und rechtlichen Fragen zur Verfügung. Die Ratsuchenden haben in einer unbürokratischen Atmosphäre Gelegenheit zur Aussprache und zur Behandlung ihrer Anliegen.

Die Zahl der Pensionistenklubs konnte 1977 auf 156 erhöht werden. Die durchschnittliche tägliche Besucherzahl betrug in der Periode Jänner bis April 10.441 und Oktober bis Dezember 1977 10.884 Personen. Das waren pro Klub rund 70 Besucher. Die Pensionistenklubs waren wieder von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Es wurden Filmvorführungen und Vorträge vom „Wiener Volksbildungswerk“ und vom „Sozialwerk für österreichische Artisten“ abgehalten sowie Vorträge über Verkehrserziehung durchgeführt. Die Vortragsreihen fanden großen Anklang. In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt. Auch diese Einrichtung erfreut sich großer Beliebtheit. Die Betreuerinnen der Pensionistenklubs wurden von Sozialarbeitern der Stadt Wien geschult, um die Besucher von Pensionistenklubs zu aktivieren und zu eigenen Initiativen anzuleiten. Die 1977 bereits in zahlreichen Pensionistenklubs täglich durchgeführte Altengymnastik fand Zustimmung bei den Besuchern. Eine tägliche Kaffeejause mit Mürbgebäck oder Mehlspeisen sowie ein Mittagessen zweimal im Monat wurden den Besuchern weiterhin geboten.

Die Landaufenthaltsaktion der Gemeinde Wien ermöglichte in der Zeit vom 11. Mai bis 5. Oktober in 108 Turnussen 853 Dauersozialhilfebeziehern und 3.330 Pensionistenklubbesuchern, insgesamt 4.183 Personen, in 11 verschiedenen Orten einen zweiwöchigen Erholungsurlaub. Darunter waren 412 Urlauber, die Schonkost bekamen, in der Pension Huber in Rastfeld untergebracht. Die Pension „Ulm“ in Altenbrunn an der Rax, Steiermark, sowie die Pension „Zum Kaiserbrunnen“ in Kaiserbrunn und das Urlauberhaus am Strengberg, beide in Niederösterreich, wurden neu in die Landaufenthaltsaktion einbezogen.

Die im Jahre 1976 neu geschaffene Aktion Landaufenthalt für alleinstehende dauersozialhilfebeziehende Mütter, in deren Rahmen alleinstehenden, dauersozialhilfebeziehenden Müttern, die bisher aus finanziellen Gründen nicht auf Urlaub oder Erholung fahren konnten, die Möglichkeit geboten wird, gemeinsam mit ihren Kindern oder auch allein einen 14tägigen Erholungsurlaub zu verbringen, fand auch 1977 großen Anklang. In den Monaten Juli und August haben 29 Mütter und 84 Kinder ihren Urlaub im „Europahaus Babenberg“ am Semmering, Niederösterreich, verbracht.

Vom Verband für Sozialtourismus (ÜGB) wurde dem Sozialamt der Stadt Wien in der Vorsaison eine beträchtliche Anzahl von Urlaubsplätzen im Feriendorf Maltschacher See in Kärnten zur Verfügung gestellt. Insgesamt 245 Dauersozialhilfebezieher und Besucher von Pensionistenklubs konnten in der Zeit vom 7. Mai bis 4. Juni 1977 einen schönen Urlaub verbringen. Im Rahmen der Landaufenthaltsaktion für Behinderte waren in der Zeit vom 11. bis 25. Mai 1977 von den Teilnehmern der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse 32 männliche Teilnehmer mit 7 Fachgehilfen und einer Betreuerin und vom 25. Mai bis 8. Juni 1977 25 weibliche Teilnehmer mit 4 Fachgehilfinnen und einer Betreuerin in der Pension „Europahaus“ am Semmering, Niederösterreich, zur Erholung untergebracht.

Im Rahmen der Ausflugsaktion wurden für Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher in den Monaten April bis Oktober je Bezirk oder Klub 5 Ausflüge zu 31 Orten durchgeführt. An den Ausflügen für Dauersozialhilfebezieher, die keine Klubbesucher sind, nahmen insgesamt 1.920 Personen teil; an den Ausflügen der Klubbesucher beteiligten sich 8.121 Personen. Darüber hinaus wurden mit den Pflinglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Lainz, Liesing und Sankt Andrä 5 Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von April bis Oktober 1977 nahmen an den Ausflügen 887 Pflinglinge teil. Die Teilnehmer der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse nahmen an 5 Ausflügen mit 110 Personen teil.

Die Aktion „Fahrt ins Grüne“ wurde wieder für alle älteren Mitbürger der Bezirke 1 und 4 bis 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13.30 bis 18 Uhr durchgeführt. Die Ausflugsziele waren „Häuserl am Stoan“, „Häuserl am Roan“, Hintersdorf, Burg Kreuzenstein, Heiligenkreuz, Gumpoldskirchen, Breitenfurt, Hornsburg, Au am Kraking, Windischhütte, Hainbuch, Preßbaum, Leopolds- und Kahlenberg, Lainzer Tiergarten, Bisamberg, Tulbinger Kogel, Laxenburg, Wassergspreng, Wöglarin, Jubiläumswarte und Dopplerhütte. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 742 Personen, insgesamt 31.886 Personen, teil.

Die Seniorenwoche wurde vom 11. bis 18. September 1977 zum dritten Mal vom Sozialamt der Stadt Wien in der Wiener Stadthalle veranstaltet. Die diesjährige Veranstaltungsreihe, die erstmals in größerem Ausmaß durch mannigfaltige Werbemittel propagiert wurde, fand einen überaus großen Publikumserfolg; mehr als 70.000 Besucher wurden in der Halle registriert. Die Veranstaltung, die diesmal unter dem Motto „Gesundheit im Alter; Lang leben — gesund bleiben“ stand, bot Vorträge und Referate bekannter Ärzte mit anschließender Diskussion sowie Musikdarbietungen prominenter Künstler und Musikgruppen. Größtes Interesse rief die Gesundheitsstraße hervor, die als medizinisches Service für die Besucher enorme Anziehungskraft hatte. Im Rahmen der gleichzeitig stattfindenden Herbstmesse wurde eine Ausstellung „Senioren und ihre Hobbys“ gezeigt. Für die Besucher dieser Ausstellung war zwischen dem Messegelände und der Wiener Stadthalle ein Pendelverkehr eingerichtet. Unter Beteiligung verschiedener Firmen und Interessenvertretungen wurde eine Informationschau eingerichtet, die ebenfalls großen Zuspruch fand.

Am 5. Februar 1977 um 15 Uhr wurden 2.000 Pensionistenklubbesucher der Gemeinde Wien von der Wiener Faschingsgesellschaft zu der Festveranstaltung „Fasching im Herzen Europas“ in die WIG-Kongreßhalle eingeladen. Unter Mitwirkung von Show-, Faschings-, Fastnacht- und Folkloregruppen aus 10 europäischen Städten und der „Lieben Augustine 1977“ wurde eine 4 Stunden dauernde unterhaltssame Veranstaltung dargeboten, die großen Anklang bei den Besuchern fand.

Die gemeinsame Abschlußfeier für die Landaufenthaltsaktion 1977 und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1977/78 für die Pensionistenklubs fanden an vier Tagen im Oktober und an sechs Tagen im November 1977 im Theater an der Wien statt. Über Einladung des Bürgermeisters Leopold Gratz und des Amtsführenden Stadtrates Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher haben rund 8.500 Personen in zehn Vorstellungen die musikalische Komödie „Evviva Amico“ gesehen.

Bei der Weihnachtspaketeaktion wurden 10.200 Lebensmittelpakete, und zwar 9.978 mit Normal- und 222 mit Diabetikerkost, an 8.602 Erwachsene und 1.598 Kinder verteilt.

Am 2., 3., 4. und 5. Mai 1977 fanden am Kahlenberg für 1.045 Mütter, die über 60 Jahre sind und Dauersozialhilfe beziehen, Müttererheuerungen statt. Jede Mutter erhielt eine Jause und sechs Geschirrtücher sowie das traditionelle Schokoladenherz mit Konfekt. Das Orchester der E-Werks-Bediensteten und namhafte Wiener Künstler wirkten an diesen Nachmittagen mit. In den Sozialreferaten wurde das Muttertagsgeschenk auch an jene 1.532 Mütter ausgegeben, die an der Feier aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnten.

In vier Kaffeehäusern Wiens, und zwar im Café Liechtenwerd, Dommayer, Falk und Rudolfshof, wurden in Vorträgen die Besucher der vom „Kurier“ initiierten Seniorenjause über die sozialen Dienste der Stadt Wien informiert.

Die Pensionistenausweise für Dauersozialhilfebezieher oder für Bezieher von Pensionen in der Höhe von Ausgleichszulagen, die zum Bezug verbilligter Fahrscheine bei den Wiener Verkehrsbetrieben und

für den verbilligten Besuch öffentlicher Bäder sowie des Tiergartens Schönbrunn und des „Hauses des Meeres“ berechtigten, erhielten seit Beginn dieser Aktion insgesamt 62.959 Pensionisten.

Das Kuratorium Wiener Pensionistenheime hat am 7. Februar 1977 das neue Pensionistenheim Atzgersdorf mit 240 Plätzen in Betrieb genommen. Dieses Heim verfügt auch über eine größere Abteilung für besondere Betreuung mit 98 Betten. Zum Pensionistenheim Leopoldau wurde ein Zubau errichtet, der mit 32 Plätzen ab 12. Dezember 1977 zur Verfügung stand. Am Jahresende standen insgesamt 12 Heime mit 2.950 Plätzen zur Verfügung; für die Wohnheime Fortuna und Weidling kommt dem Kuratorium ein Einweisungsrecht zu. 639 Personen konnten neu aufgenommen werden. Diesen Aufnahmen standen insgesamt 4.382 neue Vormerkungen gegenüber. Unter Berücksichtigung von 470 Todesfällen und 108 anderweitigen Unterbringungen sowie der 61 Rücktritte von vorgemerkten Pensionisten hat sich die Zahl der Vormerkungen auf 23.075 Personen erhöht, von denen 16.962 auf die Aufnahme in ein bereits bestehendes Heim warten und 6.113 Pensionisten noch zuwarten möchten. Die Pensionskosten wurden am 1. Jänner 1977 einheitlich mit 5.220 S für Einzelpersonen und mit 7.830 S für Ehepaare festgesetzt. Für vor dem 1. Jänner 1975 in den Sonnenhof und in den Föhrenhof eingezogene Pensionäre wurde eine Sonderregelung getroffen, und zwar betrugen die monatlichen Pensionskosten im Sonnenhof 4.620 S für Einzelpersonen und 6.930 S für Ehepaare, im Föhrenhof 5.100 S für Einzelpersonen und 7.650 S für Ehepaare. Aus der von der Stadt Wien übernommenen Ausfallhaftung wurden im Jahre 1977 für rund 1.100 Pensionäre, die nicht in der Lage waren, die vollen Pensionskosten zu bezahlen, Zuschüsse geleistet.

Die Aktionen „Probewohnen“, „Urlaub im Pensionistenheim“ und „Vorübergehende Aufnahme in eine Abteilung für besondere Betreuung“ waren im Jahre 1977 vorwiegend ausgebucht.

Im Rahmen der Aktion „Ferienplatztausch für Heimbewohner“ fanden zwei Auslandsreisen nach Bremen und Blankenberge/Brügge statt. Diese Austauschaktionen waren ein voller Erfolg. Sie stellten auch eine Bereicherung des Heimalltages dar, weil die Bewohner am Urlaubsprogramm der Gäste teilnehmen konnten. Für die Pensionäre erwuchsen außer den Reisespesen keine zusätzlichen Kosten. Die organisatorischen Vorkehrungen wurden vom Kuratorium getroffen.

1977 stand im Pensionistenheim 23 auch eine Lang-Kegelbahn für die Pensionäre aller Heime zur Verfügung. Damit bietet sich neben Ismakogie, Gymnastik, Schwimmen usw. eine weitere Möglichkeit körperlicher Betätigung.

Die Pensionistenklubs in den Pensionistenheimen, die außer von den Heimbewohnern auch von Pensionären der Umgebung besucht werden, erfreuen sich großer Beliebtheit. Während der Klubperiode wurde zu den verschiedensten festlichen Anlässen (Weihnachten, Ostern) Heimschmuck gebastelt; für behinderte oder kranke Kinder wurden Geschenke gefertigt. Anlässlich des „Tages der offenen Tür“ fanden zahlreiche Ausstellungen künstlerisch-handwerklicher Exponate statt, die in den Heimen hergestellt wurden. Eine Ausstellung auf der Wiener Herbstmesse und die einer „Z“-Filiale in Simmering wurden ebenfalls mit Exponaten besichtigt.

Die Bauarbeiten für die Errichtung des Pensionistenheimes, 13, Rosenberg, mit 300 Pensionärsbetten konnten zügig durchgeführt werden, so daß der geplante Fertigstellungstermin Mai 1978 voraussichtlich eingehalten wird. Für die aktuellen Projekte in 12, Marschallplatz, in 17, Alszeile, und in 18, Türkenschanzplatz, wurden 1977 von der Bauabteilung mit Hilfe des Bauausschusses in technischer und funktioneller Hinsicht die Baupläne eingehend durchgearbeitet, so daß alle Voraussetzungen für eine einwandfreie Bauführung gegeben sind. Für die weiteren Projekte in 6, Loquaipplatz, in 9, Seegasse, in 13, Tratzerberg, und in 21, Jedlersdorfer Straße, wurden ebenfalls Planungsgespräche geführt. Das Projekt in 6, Loquaipplatz, muß voraussichtlich umgearbeitet werden, da ein Anrainer entscheidende Einwendungen geltend macht. Die weiteren Standortvorschläge für Heime in 4, Phorusplatz, in 8, Blindengasse, in 14, Linzer Straße, und in 15, Ölweingasse, wurden geprüft und bei der Stadt Wien evident gehalten. Für die laufende Betreuung und Erhaltung der in Betrieb befindlichen 12 Pensionistenheime sowie der Geschäftsstelle war die Einstellung eines weiteren Bautechnikers erforderlich. Besonders bei den älteren Heimen zeigten sich Schäden an Einrichtungen, deren Reparatur unumgänglich war, um einen störungsfreien und sicheren Betriebsablauf zu gewährleisten. So mußte zum Beispiel die Küche im Pensionistenheim Föhrenhof renoviert werden. Die allgemeine Gebäudeinstandhaltung erforderte ebenfalls einen erhöhten Aufwand.

Aus dem Ertrag der vom Sozialamt verwalteten 49 Stiftungen wurden im Jahre 1977 3.800 S für Legate im Sinne der Stiftsbriefe, 900.000 S für Zuwendungen an das Sozialamt, 245.000 S an das Jugendamt, 115.000 S für das Anstaltenamt und 23.200 S für einmalige Geldaushilfen aufgewendet. Für stiftungseigene Aufwendungen wurden 85.600 S erbracht, ferner Wertpapiere im Nominalwert von 820.000 S angekauft und Wertpapiere im Nominalwert von 781.000 S eingelöst. Aus dem Erlös in Höhe von 100.000 S des im Jahre 1975 verkauften ein Fünftel Wohnhausanteiles in 3, Barichgasse 17, der Florian Lechner-Stiftung wurde der Ankauf 8prozentiger Wiener Pfandbriefe, Reihe 27, getätigt.

Bei Geltendmachung von Sozialhilfekostenersatz im Rechtswege wurden 18 Klageverfahren anhängig gemacht, in 21 Fällen Forderungen im Exekutionsweg wahrgenommen, 19 hypothekarische Sicherstellungen durchgeführt und darüber hinaus in 64 Verlassenschaften Kostenersatzbeträge zum Nachlaß angemeldet und die Erstattungsverfahren durchgeführt. Hiedurch konnten 1977 insgesamt 1.919.353 S einbringlich gemacht werden. Die Frequenz der Kostenersatzfälle, deren Durchsetzung im Rechtswege erforderlich war, ist durch das schon 1976 näher erörterte Bundesgesetz über die Gewährung von Vorschüssen auf den Unterhalt von Kindern (Unterhaltsvorschußgesetz) nicht weiter beeinflusst worden. Solange die vergebliche Unterhaltshereinbringung beim Unterhaltspflichtigen noch nicht als erwiesen entsprechend den vom Gesetz geforderten Voraussetzungen anzusehen ist, sind auch in der derzeitigen rechtlichen Situation Aushilfen im Wege der Sozialhilfe zu leisten.

Im sozialversicherungsrechtlichen Bereich wurden 41 Interventionen beim Schiedsgericht der Sozialversicherung für jene Pensionswerber geführt, die Aushilfen im Sozialhilfewege für den Zeitraum des Pensionsverfahrens erhalten haben. In 32 Fällen konnte die Pensionszuerkennung erwirkt werden, in 4 Fällen wurde durch Nachzahlung von Pensionsversicherungsbeiträgen im Wege der Sozialhilfe den Pensionswerbern zur Erreichung des Anwartschaftsrechtes auf Pension beziehungsweise der Pensionsberechtigung verholffen.

Durch die Anhebung der Pensionsbezüge im Jahre 1977 wurden die bestehenden Opferfürsorgerechtenleistungen bedeutend erhöht. Hiezu mußten für 1.817 Teilunterhaltsrentenbezieher bescheidmäßige Rentenänderungen durchgeführt werden. Die Zahl der Rentenempfänger ist trotz 99 Neuanträgen durch Ableben von 159 Rentenbeziehern auf 4.264 zurückgegangen. Überdies wurden 45 Ansuchen für die Anerkennung als Hinterbliebene, 122 Anträge auf Hilfflosen- oder Pflegezulage sowie Verschlimmerungsansuchen eingebracht; dazu wurden 179 ärztliche Sachverständigengutachten erstellt. Insgesamt konnten 124 Ansuchen bescheidmäßig erledigt werden. Von 151 Anträgen auf Sterbegeld wurden über 148 bescheidmäßig abgesprochen. 234 Anträge auf Heilfürsorge wurden nach ärztlicher Begutachtung dem Bundesministerium für soziale Verwaltung zur Entscheidung vorgelegt. 239 Personen erhielten Aushilfen in Höhe von insgesamt 155.700 S. Schließlich wurden 568 Erhebungen, und zwar 296 für Gewährung von Darlehen und Geldaushilfen aus dem Ausgleichstaxfonds für das Bundesministerium für soziale Verwaltung und 272 Spezialerhebungen in eigenen Opferfürsorgeangelegenheiten, durchgeführt.

1977 wurden 1.064 Neuanträge auf einmalige Entschädigungen, auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises sowie Bescheinigungen gemäß § 506 ASVG für Rentenansprüche bei den Pensionsversicherungsanstalten eingebracht. 149 Opferausweise beziehungsweise Amtsbescheinigungen wurden ausgestellt, 129 negativ beschieden. 645 Entschädigungsanträge und §-506-ASVG-Bescheinigungen waren zu erledigen.

Wirtschaftliche Tuberkulosehilfe wurde weiterhin in Form von Wirtschaftshilfe, und zwar als regelmäßige Geldbeihilfe zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes des Unterstützten und seiner Familie, als einmalige Geldbeihilfe zur Überbrückung eines akuten, vorübergehenden Notstandes oder als Sonderausgabe im Zusammenhang mit der Erkrankung zur Verhinderung der Existenzgefährdung oder aus seuchenhygienischen Gründen bewilligt. Sofern nicht ein Träger der Sozialversicherung, eine Krankenfürsorgeanstalt oder der Bund aus dem Titel der Heeresversorgung, Kriegsoferversorgung, Opferfürsorge oder eine private Krankenversicherung hierfür aufzukommen hat, wurden die Kosten für die Behandlung des Erkrankten übernommen. Die periodische Erhöhung der Richtsätze der Ausgleichszulagen nach dem ASVG hat jeweils die Erhöhung der Richtsätze für die Gewährung der regelmäßigen Geldbeihilfe zur Folge, deren Neubemessung bescheidmäßig ausgesprochen wird.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Organisationen der freien Wohlfahrtspflege wurden die Bemühungen um weitere Resozialisierung der aus den Obdachlosenherbergen der Stadt Wien abgesiedelten Familien fortgeführt, und zwar in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern des Sozialamtes und mit dem Sozialdienst des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit. Zur Durchführung der „Sozialen Dienste“ hat das Sozialamt die Zusammenarbeit mit Organisationen der freien Wohlfahrtspflege fortgesetzt. Diese führten die sozialen Dienste im Auftrag, im Namen und für Rechnung der Stadt Wien durch. 1977 leisteten 7 Organisationen der freien Wohlfahrtspflege Heimhilfe und Hauskrankenpflege, und zwar der Verein „Wiener Sozialdienste“, der Verein „Die Frau und ihre Wohnung“, das „Rote Kreuz“, die „Caritas der Erzdiözese Wien“, die „Caritas Socialis“, die „Sozialhilfe der Adventmission“ und seit 1. September 1977 der Verein „Soziales Hilfswerk“.

Die Kapazität des Heimhilfedienstes konnte um rund 29 Prozent ausgeweitet werden. Die Zahl der insgesamt bei den Vereinen beschäftigten Heimhelferinnen stieg zum 31. Dezember 1977 auf 1.337 oder um 29 Prozent gegenüber 1976. Familienhilfe wurde ausschließlich von der „Caritas der Erzdiözese Wien“ erbracht. Die Zahl der betreuten Familien stieg um 178 Prozent bei einer Steigerung

der Gesamtstundenzahl von 37 Prozent. Die den Organisationen entstehenden Kosten werden von der Stadt Wien auf der Basis der erbrachten Pflegestundenleistungen ersetzt.

Die Aktion „Essen auf Rädern“ wurde von den Vereinen „Die Frau und ihre Wohnung“, „Volks-hilfe“, „Soziales Hilfswerk“ und „Caritas der Erzdiözese Wien“ durchgeführt. Die Kosten dieser Aktion, nämlich der Sachaufwand und der Zustelldienst, wurden durch die Stadt Wien getragen. Ab Februar 1977 konnte in Zusammenarbeit mit diesen Organisationen die Aktion auch auf Sonntag ausgedehnt werden.

Der soziale Dienst „Gründliche Wohnungsreinigung“ wurde 1977 mit dem Verein „Wiener Sozial-dienste“ und dem Verein „Die Frau und ihre Wohnung“ fortgesetzt. Seit 1. April 1977 führte auch der Verein „Soziales Hilfswerk“ im Auftrag, im Namen und für Rechnung der Stadt Wien gründliche Wohnungsreinigungen durch. Spezielle Reinigungseinsätze, wie bei Verwahrlosung, Entrümpelung, hat wie auch 1976 der Verein „Sozialhilfe der Adventmission“ durchgeführt. Auch bei diesem Dienst war eine beachtliche Steigerung der Gesamtfälle, nämlich um 104 Prozent, zu verzeichnen. Die Stadt Wien ersetzt den Organisationen den gesamten Aufwand unter Berücksichtigung der von den Hilfeempfän- gern geleisteten Kostenbeiträge.

Im sozialen Dienst der Wäschepflege waren im Auftrag der Stadt Wien der Verein „Wiener Volks-hilfe“ und das „Soziale Hilfswerk“ tätig. Die Kosten der Zustellung und Ausbesserung der Wäsche werden durch die Stadt Wien getragen. Dieser Dienst konnte 1977 ebenfalls weiter ausgebaut werden.

Der Besuchsdienst wurde vom Verein „Die Frau und ihre Wohnung“ und vom Verein „Wiener Sozialdienste“ fortgesetzt und ausgebaut. Der gesamte Aufwand dieses Dienstes wurde durch die Stadt Wien getragen. Mit dem Verein „Volks-hilfe“ wurde der bereits 1976 probeweise eingeführte Reparatur-dienst weiter ausgebaut. Im Rahmen des Kontaktbesuchsdienstes wurden der Verein „Wiener Sozial-dienste“ und der Verein „Volks-hilfe“ ermächtigt, Werkverträge mit den Kontaktbesuchern abzu-schließen.

Als Rechtsträger für die verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft in 13, Lainzer Straße 38, konnte der Verein „Wiener Sozialdienste“ gewonnen werden. Der Verein „Wiener Sozialdienste“ fungiert auch als Rechtsträger für das Institut für Ehe- und Familientherapie der Stadt Wien in 2, Praterstraße 40.

Vertreter des Sozialamtes haben am 9. Regionalsymposium des International Council on Social Wel-fare mit dem Thema „Die Wechselbeziehungen zwischen den Altersgruppen in der Gesellschaft in un-serer Region“ teilgenommen wie auch an den Sitzungen der Arbeitskreise „Behindertenhilfe“ und „Inte-gration von Sozialarbeit und Gesundheitsdienst“. Die Untergruppe „Erwachsene außerhalb von An-stalten“ des Arbeitskreises „Integration“ wurde von Obersenatsrat Dr. Drapalik geleitet.

Im Rahmen des Arbeitskreises „Behindertenhilfe“ des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit wurde die Broschüre „Spezielle Hinweise zur Betreuung behinderter Menschen“ veröffentlicht. Diese Broschüre enthält Hinweise und Empfehlungen zur Früherfassung von Behinderten und zur Vermeidung von Umweltbarrieren für behinderte Menschen sowie einen Nachdruck der Unorm B 1600 — Bauliche Maßnahmen für Körperbehinderte und alte Menschen. Weiters hat der Unterausschuß „Tech-nische Hilfen für Behinderte“ in mehreren Arbeitssitzungen Empfehlungen ausgearbeitet, die dem Ple-num des Arbeitskreises vorgelegt werden.

Sozialversicherung

Wie schon in den vorangegangenen Jahren wies die Verwaltungsarbeit der Magistratsabteilung für Sozialversicherung auch im Jahre 1977 steigende Tendenz auf. So kamen vor allem die bereits im Jahre 1976 beschlossenen umfangreichen Änderungen auf dem Gebiete des Sozialversicherungsrechtes voll zur Auswirkung, wobei sich eine Reihe neuer Rechtsfragen und Probleme ergab, die im Rahmen anhängiger Verfahren zu lösen waren. Auch im Jahre 1977 wurden die für die Verwaltungsarbeit maß-geblichen Rechtsvorschriften wieder mehrfach geändert oder ergänzt, wenn auch nicht in dem außer-ordentlichen Umfang wie im Jahre 1976.

Im besonderen wären hier folgende G e s e t z e anzuführen:

Bundesgesetz vom 2. Juni 1977 über die Sicherung von Arbeitnehmeransprüchen im Falle der Insol-venz des Arbeitgebers (Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz — IESG), BGBl. Nr. 324/1977. Gegen-stand dieses Gesetzes ist die Sicherung von Entgeltansprüchen der Arbeitnehmer für den Fall des Kon-kurses oder Ausgleiches über das Vermögen des Arbeitgebers. Gesichert werden insbesondere Ansprü-che auf laufendes Entgelt sowie auf Entgelt aus der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, ferner Scha-denersatzansprüche und sonstige Ansprüche gegen den Arbeitgeber einschließlich der zur Geltend-machung der Ansprüche notwendigen Kosten. Das Insolvenzausfallgeld gebührt in der Höhe des Netto-entgeltes und wird bei Zutreffen der Voraussetzungen über Antrag beim zuständigen Arbeitsamt ge-währt. Die Aufbringung der Mittel erfolgt in der Hauptsache durch einen vom Arbeitgeber zu leisten-

den Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag, der dem beim Bundesministerium für soziale Verwaltung eingerichteten Insolvenzausfallgeldfonds zufließt.

Bundesgesetz vom 17. November 1977, mit dem das Gewerbliche-Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (25. Novelle zum Gewerblichen-Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz), BGBl. Nr. 619/1977. Gegenstand dieser Novelle ist in der Hauptsache eine Erweiterung des Versicherungsumfanges durch Einbeziehung der geschäftsführenden Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in die Pflichtversicherung, sofern die Gesellschaft einer Kammer der gewerblichen Wirtschaft angehört. Eine solche Regelung wurde notwendig, da die in den letzten Jahren immer mehr Platz greifende Umwandlung von Personengesellschaften in Gesellschaften mit beschränkter Haftung zur Folge hatte, daß die bisher nach dem Gewerblichen-Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz (GSPVG) versicherten Gesellschafter den Versicherungsschutz verloren, da in den meisten Fällen auch die Voraussetzungen der Versicherungspflicht nach dem ASVG nicht erfüllt wurden. Die Zeiten einer vor Inkrafttreten dieser Regelung ausgeübten entsprechenden Erwerbstätigkeit werden jedoch nicht, wie sonst üblich, als beitragsfreie Ersatzzeiten angerechnet, sondern es wird die Möglichkeit eines rückwirkenden Einkaufes von Versicherungszeiten eröffnet. Eine Ausnahme von der Pflichtversicherung nach dem GSPVG ist für solche geschäftsführende Gesellschafter vorgesehen, deren Tätigkeit der Versicherungspflicht nach dem ASVG unterliegt. Daneben enthält die vorliegende Novelle noch einige Änderungen im Leistungsrecht, insbesondere in bezug auf die Anspruchsvoraussetzungen für die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer sowie bei der Bemessung der Witwenpensionen.

Bundesgesetz vom 17. November 1977, mit dem das Entgeltfortzahlungsgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 621/1977. Die vorliegende Änderung beschränkt sich auf finanzielle Maßnahmen und betrifft insbesondere die Bildung einer Rücklage aus Mehrträgen des Erstattungsfonds.

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1977, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977), BGBl. Nr. 648/1977. Dieses Gesetz trifft im wesentlichen finanzielle Maßnahmen in den Bereichen der Kranken- und Pensionsversicherungen, die auf eine Entlastung des Bundeshaushaltes abzielen. Im Bereich der Pensionsversicherung wird ein Zusatzbeitrag in der Höhe von 2 Prozent der Beitragsgrundlage eingeführt, der einem beim Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger zu schaffenden Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger zufließt. Gleichzeitig ist zur Entlastung der Dienstgeber eine Reduktion des Beitrages zum Familienlastenausgleichsfonds auf 5 Prozent vorgesehen. Weitere Maßnahmen sind eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Weiterversicherung in der Pensionsversicherung, eine Erhöhung der Beiträge zu den Selbständigen-Pensionsversicherungen sowie eine Herabsetzung der Ausfallhaftung des Bundes. Im Bereich der Krankenversicherung wird die Höchstbeitragsgrundlage angehoben, wobei die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen für die Neuregelung der Finanzierung der Krankenanstalten zweckgebunden sind. Weiters sind eine Erhöhung der Rezeptgebühr auf 15 S sowie der Ersatz des Entbindungsbeitrages aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds vorgesehen.

Bundesgesetz vom 14. Dezember 1977, mit dem das Bauernpensionsversicherungsgesetz geändert wird (6. Novelle zum Bauernpensionsversicherungsgesetz), BGBl. Nr. 658/1977. Diese Novelle beinhaltet hauptsächlich Änderungen im Beitragsrecht, betreffend die Beitragsbemessung nach Einheitswerten sowie auch einige Änderungen im Leistungsrecht, hier insbesondere bei der Alterspension bei langer Versicherungsdauer sowie bei der Erwerbsunfähigkeitspension.

Von den für die Tätigkeit der Magistratsabteilung für Sozialversicherung bedeutenden Verordnungen und Kundmachungen seien erwähnt:

Kundmachung der Bundesregierung vom 14. November 1977 über die Wiederverlautbarung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1958, BGBl. Nr. 609/1977. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1947, zuletzt als Arbeitslosenversicherungsgesetz 1948, wird nunmehr als Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 neuerlich wiederverlautbart, nachdem diese Gesetzesmaterie infolge zahlreicher Änderungen und Ergänzungen wieder weitgehend unübersichtlich geworden war.

Von den Abkommen und Vereinbarungen im zwischenstaatlichen Sozialversicherungsrecht sind anzuführen:

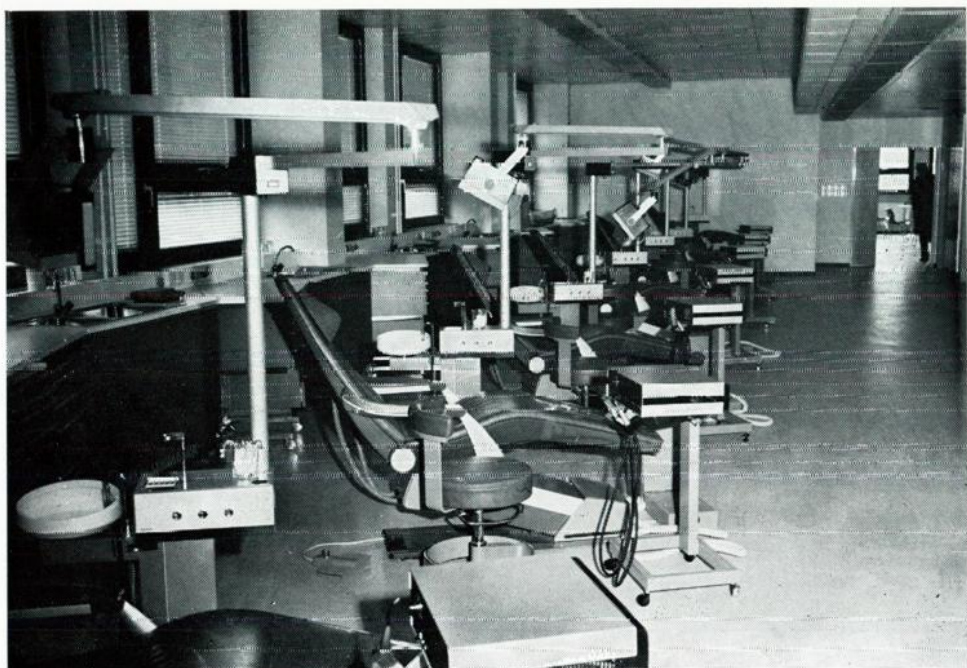
Zusatzabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 133/1977. Durch dieses Zusatzabkommen wird das ursprüngliche Abkommen vom Jahre 1972 in wesentlichen Punkten geändert. So entfällt das Verbot, Versicherungszeiten bei vorzeitiger Alterspension zusammenzurechnen, gleichzeitig wird die Berechnungsart für die Leistungsbemessung in Fällen außergewöhnlich langer Versicherungsdauer verbessert. Die Weiterversicherung in der österreichischen Pensionsversicherung ist auch bei Bestehen einer Pflichtversicherung im britischen System nunmehr zulässig, ebenso eine gleichzeitige freiwillige Versicherung in beiden Vertragsstaaten. Freiwillige österreichische Pensionsversicherungs-



Bürgermeister Leopold Gratz bei der Eröffnung des neu adaptierten Festsalles im Pflegeheim Lainz
Sozialwesen

Das neue Pensionistenheim „Atzgersdorf“ im 23. Bezirk in der Gatterederstraße 12, bietet Platz für 240 betagte Wienerinnen und Wiener

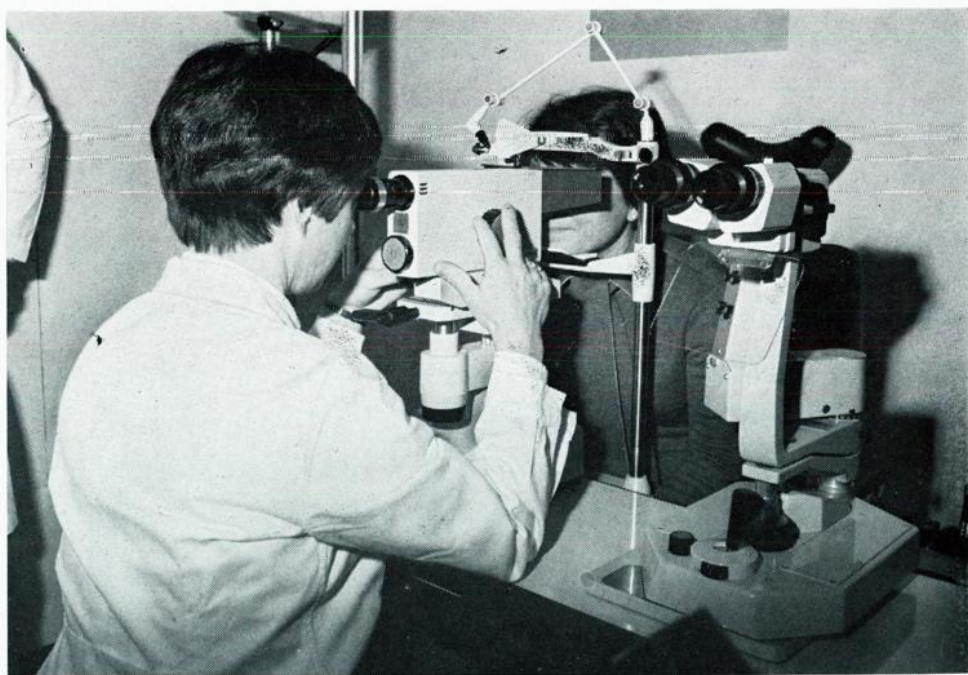




Die neue Zentraljugendzahnklinik im 9. Bezirk, Salzergasse 28

Gesundheitswesen

Wiens erste städtische ärztliche Gruppenpraxis wurde im 11. Bezirk, Enkplatz 2, eröffnet



zeiten werden auch dann der Pensionsberechnung zugrunde gelegt, wenn sie sich mit britischen Pflichtversicherungszeiten überschneiden. Eine Verbesserung ist auch in bezug auf Anstaltspflege vorgesehen.

Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 10. August 1972 zur Durchführung des Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, BGBl. Nr. 134/1977. Diese Zusatzvereinbarung enthält die durch das Zusatzabkommen notwendigen Ergänzungen der Durchführungsvereinbarung von 1972.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik über Soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 239/1977. Dieser Vertrag enthält die Neufassung der Durchführungsbestimmungen zum Österreichisch-Türkischen Sozialversicherungsabkommen unter Bedachtnahme auf das 1976 in Kraft getretene Zusatzabkommen.

Europäisches Abkommen über Soziale Sicherheit samt Anhängen und Zusatzvereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens samt Anhängen sowie Interpretative Erklärung, BGBl. Nr. 428/1977. Dieser im Rahmen des Europarates abgeschlossene Staatsvertrag ist durch die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Österreichs, Luxemburgs und der Türkei mit 1. März 1977 in Kraft getreten. Der Beitritt steht nicht nur den Mitgliedsstaaten des Europarates offen, sondern es können mit Zustimmung der Mitglieder des Europarates auch andere Staaten zum Beitritt eingeladen werden. Das vorliegende Abkommen tritt an die Stelle bereits bestehender bilateraler oder multilateraler Sozialversicherungsverträge, soweit diese nicht von den Vertragsstaaten ausdrücklich aufrechterhalten werden. Das Abkommen sieht die Gleichstellung der Staatsangehörigen der Vertragsstaaten in bezug auf die Systeme der Sozialen Sicherheit vor, insbesondere bezüglich der Aufrechterhaltung erworbener Anwartschaften und des Exportes von Leistungsansprüchen. Der persönliche Geltungsbereich erstreckt sich außer auf die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten auch auf Flüchtlinge und Staatenlose. Der sachliche Geltungsbereich bezieht sämtliche sowohl beitragsgebundene als auch beitragsfreie allgemeine Systeme und Sondersysteme der Sozialen Sicherheit mit ein, ebenso Systeme, in denen die Leistungsgewährung den Arbeitgebern obliegt. Regelungen werden insbesondere hinsichtlich der Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft, bei Alter, Invalidität und Tod, bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie bei Arbeitslosigkeit getroffen.

Gesundheitsamt

Im modernen Gesundheitswesen gewinnen die Tätigkeiten des Gesundheitsamtes immer mehr an Bedeutung. Dabei sind die speziellen, gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben von den allgemeinen, präventivmedizinischen und prophylaktischen zu unterscheiden. Um gezielte, effiziente Maßnahmen der Vorsorgemedizin durchführen zu können, muß man zunächst einen Überblick über den Gesundheitszustand und die Morbidität der Bevölkerung haben. Ganz besonders gilt dies für den Bereich der Infektionskrankheiten, deren Bekämpfung ohne Kenntnis ihrer Verbreitung und Verteilung in der Bevölkerung insuffizient bleiben muß. Die wichtigste gesundheitspolitische Aufgabe ist es somit, Krankheiten zu verhüten und nicht erst auf ihr Auftreten und auf die oft damit verbundenen gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu warten. Durch allgemeine und gezielte Maßnahmen ist das Gesundheitsamt daher bemüht, die Bevölkerung Wiens von vornherein vor Krankheiten und Gesundheitschäden zu bewahren. Diese Maßnahmen umfassen Umwelt- und Anrainerschutz, Impfungen, Beratungen zur Wiedererlangung der Gesundheit und gezielte Vorsorgeuntersuchungen. Dem Gesundheitsamt obliegt unter anderem auch die Aufsicht über die Angehörigen der Sanitätsberufe sowie die hygienische Überwachung der Krankenanstalten, des Bestattungswesens und der Trinkwasserversorgung. Die Leistungen erfolgen in enger Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen des Magistrates und mit allen medizinischen Einrichtungen in der Stadt Wien, wie Ärzteschaft und Sozialversicherung.

Zu den ältesten Aufgaben der Gesundheitsbehörde gehört die Bewältigung der Infektionskrankheiten. Auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten zeigte sich im Jahre 1977 ein im allgemeinen günstiges Bild. In Wien wurden auf Grund des Epidemiegesetzes folgende, nach der Häufigkeit geordnete Erkrankungsfälle (in Klammer die Zahlen des Vorjahres) angezeigt:

	Erkrankungen		Sterbefälle	
Scharlach	1.534	(1.735)	1	(—)
Hepatitis infectiosa	621	(699)	4	(4)
Bakterielle Lebensmittelvergiftung	128	(81)	2	(—)
Keuchhusten	62	(37)	—	(—)
Malaria	14	(10)	—	(—)
Typhus abdominalis	13	(5)	—	(—)
Übertragbare Ruhr	10	(16)	1	(—)
Übertragbare Genickstarre	10	(9)	1	(—)

	Erkrankungen		Sterbefälle	
Obertragbare Kinderlähmung	1	(—)	—	(—)
Psittakose	7	(9)	—	(—)
Tularämie	3	(2)	—	(—)
Paratyphus	2	(2)	—	(—)
Lepra	1	(1)	—	(—)
Diphtherie	—	(1)	—	(—)
Bangsche Krankheit	—	(—)	—	(—)

Insgesamt haben die anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten ohne Tuberkulose zu 9 Todesfällen geführt, wobei die infektiöse Hepatitis mit 4 Todesfällen wie auch in den vergangenen Jahren den Hauptanteil stellt. Nach der Zahl der Erkrankungen liegt sie hinter Scharlach an zweiter Stelle. Seit 1962 trat erstmals wieder ein Fall von Kinderlähmung auf. Betroffen war ein dreieinhalbjähriger türkischer Gastarbeiterbub, der, ungeimpft, sich bei einem Urlaubsaufenthalt in seiner Heimat infiziert hatte.

Die Grippe wurde durch systematische Stichprobenerhebungen (Wiener Grippeinformationssystem) erfaßt. Im Winter 1976/77 trat keine Grippeepidemie auf; der Höhepunkt der grippalen Infekte lag im ersten Quartal 1977 in der 7. Woche mit 15.600 Fällen. Als Todesursache schien die Grippe 1977 in einem einzigen Fall auf.

Ab Herbst 1977 kam es zu einer größeren Anzahl von Mumpserkrankungen. Vom Gesundheitsamt durchgeführte Erhebungen in Schulen und Kindergärten ergaben, daß zwischen Anfang November und Weihnachten 1977 653 Volks-, Haupt- und Sonderschüler (0,6 Prozent) und 658 in städtischen Kindergärten untergebrachte Kinder (2,6 Prozent) an Mumps erkrankten. Bei den Pflichtschülern kam es in 22 Fällen zu einer Mumpsmeningitis. Im Oktober 1977 wurde auch mit dem Aufbau eines eigenen Informationsdienstes begonnen, der wie das Grippeinformationssystem bisher dem Gesundheitsamt diese infektiöse Erkrankung melden soll. Danach erkrankten im 4. Quartal 1977 3.200 oder 0,2 Prozent der Wiener an Mumps. In diesem Zusammenhang wird das Gesundheitsamt im Jahre 1978 in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern mit einer Impfkaktion gegen Mumps und Masern beginnen.

1977 wurden bei Auftreten anzeigepflichtiger übertragbarer Krankheiten insgesamt 69 Personen wegen Ansteckungsverdacht bescheidmäßig für die Dauer der Inkubationszeit von ihrem Beruf ferngehalten oder sonstigen sanitätspolizeilichen Überwachungen und Beschränkungen unterworfen. In diese Zahl nicht eingerechnet sind die ohne schriftlichen Bescheid von Schule und Kindergarten ferngehaltenen Zöglinge. Schließungen von Klassen, Kindergärten, Kinderheimen oder sonstigen Anstalten und Betrieben waren 93 zu verzeichnen, und zwar 81 wegen Scharlach, 10 wegen Darminfektionskrankheiten und 2 wegen sonstiger Krankheiten. Im Laufe des Jahres kam es zu Gruppenerkrankungen in einem Wiener Kinderspital, in 13 Kindergärten und in einem Lebensmittelbetrieb, zumeist unter dem Bilde eines Brechdurchfalls. Die meisten Fälle konnten bakteriologisch abgeklärt werden (Staphylokokken, verschiedene Salmonellen usw.). Bei Routineuntersuchungen des Marktamtes wurden in einer Lebensmittelfirma Staphylokokken nachgewiesen; vom daraufhin untersuchten Personal mußten 10 Personen als Staphylokokkus-aureus-Träger vom Betrieb ferngehalten werden.

Auf Grund des Bazillenausscheidergesetzes wurden 57.495 Personen untersucht (17.974 Erst-, 39.521 Wiederholungsuntersuchungen), wobei 53 Ausscheider von Lebensmittelvergiftungen erzeugenden Salmonellenstämmen und 26 bis dahin unbekannte ansteckend Tuberkulose gefunden wurden. Einem Zugang von 90 Bazillenausscheidern steht ein Abgang von 93 gegenüber. Am 31. Dezember 1977 standen insgesamt 130 Bazillenausscheider in sanitätspolizeilicher Kontrolle.

Über die gesetzlichen Pockenschutzimpfungen wird im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien 1977 berichtet werden. Gemäß § 1 des Bundesgesetzes vom 24. März 1977 über Ausnahmen von der Impfpflicht gegen Pocken in den Kalenderjahren 1977 und 1978, BGBl. Nr. 167/1977, unterliegen in den Kalenderjahren 1977 und 1978 die im § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1948, BGBl. Nr. 156/1948, genannten Kinder nicht der Impfpflicht. Freiwillige Erstimpfungen wurden in den Bezirksgesundheitsämtern 233 durchgeführt. Die Anzahl der freiwilligen Pockenschutzimpfungen betrug 7.269. Zur Verhütung von Komplikationen durch Pockenschutzimpfungen bei überalterten Erst- und Wiederimpfungen wurde Hyperimmungammaglobulin in 1.947 Fällen und Vaccine-Antigen in 581 Fällen verabfolgt.

Die orale Schutzimpfung gegen Kinderlähmung (Schluckimpfung) wurde weitergeführt; der Zuspruch zur Impfung war etwas besser als 1976. Im Jänner 1977 wurden 72.595, im November 94.683 Einzelimpfungen durchgeführt.

Gegen Röteln wurden im Schuljahr 1976/77 6.682 Mädchen der 7. Schulstufe geimpft, das ist eine über 70prozentige Impfbeteiligung. Im Herbst 1977 wurde mit der Rötelnimpfung bei Mädchen

der 7. Schulstufe des Schuljahrganges 1977/78 begonnen. Bezogen auf das Kalenderjahr 1977 sind 7.211 Mädchen gegen Röteln geimpft worden. Ferner wurden die Rötelschutzimpfungen der Wöchnerinnen mit negativem Antikörpertiter fortgesetzt und 1.458 Frauen gegen Röteln im Wochenbett geimpft. Rötelnantikörperbestimmungen wurden bei 11.964 Frauen durchgeführt, und zwar 9.582 bei Schwangeren, 527 bei Krankenpflegepersonen, Lehrerinnen usw. sowie 1.855 im Rahmen von Einstellungsuntersuchungen in der amtsärztlichen Untersuchungsstelle.

Im Jahre 1977 wurden die aktiven entgeltlichen Schutzimpfungen gegen „Zeckenkrankheit“ (FSME-Frühsummermeningitis) in der Impfstelle für Ausreisende und in allen Bezirksgesundheitsämtern durchgeführt. Die komplette Immunisierung besteht aus 3 Teilimpfungen. 1977 wurden 17.342 Teilimpfungen durchgeführt.

Gegen Grippe wurden von den Ärzten des Gesundheitsamtes 27.526 Personen geimpft. Weiters sind 18.596 Schutzimpfungen gegen Tetanus, 14.059 gegen Diphtherie-Tetanus, 8.388 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten, 1.627 gegen Typhus sowie 15.961 gegen Cholera und 1.463 gegen Gelbfieber vorgenommen worden.

Von der Desinfektionsanstalt des Gesundheitsamtes wurden insgesamt 14.364 Desinfektionen durchgeführt, 3.207 davon im Außendienst. Stark zugenommen hat die Zahl der Entlausungen von Personen mit 3.740 Fällen gegenüber nur 807 im Jahre 1976.

In Wien erkrankten im Jahre 1977 779 Personen an einer aktiven, bis dahin noch nicht erkannten Tuberkulose; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 6,6 Prozent. So ist die Zahl der ansteckenden Tuberkulosefälle der Atmungsorgane (Ia- und Ib-Fälle) um 5,4 Prozent und der nichtansteckenden Tuberkulose der Atmungsorgane um 8,6 Prozent zurückgegangen. Bei der aktiven extrapulmonalen Tuberkuloseform ist gegenüber 1976 keine entscheidende Änderung zu verzeichnen.

Bei der Kindertuberkulose ist mit 23 Erkrankungsfällen im Jahre 1977 gegenüber dem Vorjahr praktisch keine Änderung der relativ schon sehr niedrigen Inzidenz eingetreten.

Ende des Jahres 1977 gab es in Wien 3.800 Tuberkulosekranke (1976: 4.288); das sind 0,23 Prozent der Bevölkerung. Etwa 1.000 davon leiden an einer ansteckenden Tuberkulose, so daß auf rund 1.600 Einwohner ein Offentuberkulöser entfällt. Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist, wie in den Vorjahren, in Rückbildung begriffen. Im Jahre 1977 sind 146 Personen an Tuberkulose gestorben, das sind um 2 weniger als im Vorjahr. Somit hat sich die Tuberkulosesituation in Wien auch im letzten Jahr weiterhin gebessert. Während in den letzten drei Jahren keine entscheidende Änderung bei den Neuerkrankungen an aktiver Tuberkulose aller Formen zu verzeichnen war, konnte im Jahre 1977 ein Rückgang dieser Erkrankungsfälle, vor allem aber auch in der Gruppe der ansteckenden Lungentuberkulose, vermerkt werden. Die Bestandszahlen an aktiver Tuberkulose aller Formen zeigten 1977 einen Rückgang von 12 Prozent. Die auf Basis des Tuberkulosegesetzes durchgeführten seuchenhygienischen Maßnahmen einerseits und die Möglichkeit einer hochwirksamen Behandlung der Tuberkulose andererseits haben dabei sicherlich eine entscheidende Rolle gespielt.

Die Dienst- und Untersuchungsstellen des Tuberkulosereferates wurden von insgesamt 170.175 Personen aufgesucht. Wenn man die Zahl der im Röntgenwagen untersuchten Personen (49.570), die Zahl der vom Impfteam mit Tuberkulin getesteten und geimpften Schulkinder (17.125) und die Zahl der von den Verbindungsfürsorgerinnen in den Krankenanstalten betreuten Tuberkulosekranken (8.627) hinzurechnet, dann ergibt sich eine Gesamtfrequenz von 245.497 Personen.

Gemäß dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218/1975, wurden im Jahre 1977 20.919 Gastarbeiter untersucht. Davon haben 253 Personen eine Anstellung bei der Gemeinde Wien angestrebt. 30 Gastarbeitern, die erstmals im Jahre 1977 nach Österreich eingereist waren, konnte wegen Vorliegens einer aktiven Lungentuberkulose die Arbeitsbewilligung nicht erteilt werden; sie mußten in ihr Heimatland zurückkehren.

In der Schirmbildstelle des Tuberkulosereferates wurden 62.833 Personen einer Röntgenuntersuchung der Lunge unterzogen. Dadurch konnte bei 165 Personen eine aktive Lungentuberkulose und bei 4 bösartige Neubildungen erstmals festgestellt werden. Im Röntgenzug wurden 49.570 Personen untersucht, wobei 36 Ersterkrankungen an Tuberkulose und 4 Erkrankungen an bösartigen Neubildungen entdeckt werden konnten. Von den Impfähzten wurden 19.980 Personen, darunter 14.933 Neugeborene und 4.613 Schulkinder, gegen Tuberkulose geimpft.

In der Tuberkulosefürsorgestelle 10 wurde 1977 ein neues Röntgengerät installiert und die Dunkelkammer adaptiert. Für das Tuberkulosereferat wurde ein Vitalograph angeschafft, mit dem bereits, wenn man die Zahl der Untersuchungen während der Seniorenwoche in der Wiener Stadthalle miteinbezieht, insgesamt 1.648 kleine Lungenfunktionsprüfungen durchgeführt werden konnten. Am 31. Juli 1977 wurde die Tuberkulosefürsorgestelle in 22, Steigenteschgasse 142, aufgelassen und der Tuberkulosefürsorgestelle in 21, Am Spitz 1, angeschlossen, die nunmehr auch die Betreuung der Tuberkulose-

kranken des 22. Bezirkes durchführt. In den Räumlichkeiten der Tuberkulosefürsorgestelle 22 wurde eine Beratungsstelle für Psychohygiene errichtet.

Im Jahre 1977 wurden 4.766 frische Fälle von Geschlechtskrankheiten gemeldet; dies ist um 6 Prozent mehr als im Jahre 1976. Dabei nahm die Lues von 662 auf 793 Fälle zu, die Erkrankungen an Gonorrhoe stiegen von 3.806 auf 3.972. Die Beratungsstelle des Gesundheitsamtes hatte 37.569 Parteien zu verzeichnen und stellte 563 Fälle von frischen venerischen Erkrankungen fest; das sind 12 Prozent aller Wiener Fälle. 278 Personen mußten einer Zwangsbehandlung unterworfen werden. Von 339 als Infektionsquelle angegebenen Personen konnten 229 untersucht werden, 60 davon waren geschlechtskrank. Außerdem wurden 8.498 serologische Untersuchungen auf Syphilis vorgenommen und in 2 Fällen ein Nelsontest durchgeführt. Die Fürsorgerinnen machten 1.088 Hausbesuche. Wöchentlich wurden im Durchschnitt 570 Kontrollprostituierte untersucht, davon waren im Laufe des Jahres 100 geschlechtskrank. Die Zahl der untersuchten aufgegriffenen Geheimplotuierten betrug 661, davon waren 91 oder 13,8 Prozent venerisch infiziert.

Die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt des Gesundheitsamtes konnte die Anzahl der Untersuchungen von Trink- und Hausbrauchswässern gegenüber 1976 um 56 Prozent erhöhen. Für Trink- und Hausbrauchswasser wurden insgesamt 18.582 bakteriologische, biologische, physikalisch-chemische und radiologische Teiluntersuchungen durchgeführt. Diese Leistungssteigerung verteilt sich etwa gleichmäßig auf vermehrte Untersuchungen von Einzelwasserversorgungen sowie auf Untersuchungen der öffentlichen Trinkwasserversorgung. In diesem Zusammenhang sind folgende Untersuchungen besonders zu erwähnen: Die Zahl der Chlorüberschußbestimmungen in den Wiener Trinkwässern ist gegenüber dem Vorjahr um 21 Prozent angestiegen. Im südlichen Wiener Becken in Moosbrunn wurden für einen Grundwassermarkierungsversuch größten Umfangs die Vorarbeiten fortgesetzt. Weiters erfolgten die hygienischen Untersuchungen für die im Probetrieb befindlichen Brunnenanlagen in der Unteren Lobau am Gänsehaufen und in der Schüttelau. Die bereits 1976 begonnenen Versuche, mit Hilfe eines Fischtestbeckens die Nutzung des durch das Uferfiltrat der Donau beeinträchtigten Pumpgutes im Grundwasserwerk Nußdorf zu überprüfen, wurden fortgesetzt. Dieses biologische Warnsystem für die Wiener Wasserversorgung wurde durch Einbeziehung von Bakterien, Algen und anderen Pflanzen sowie von Kleinkrebsen und Käfern weiter ausgebaut. Das Fischtestbecken hat sich bereits in zwei Alarmfällen bewährt, und zwar einmal bei Wasserverschmutzung durch Thiodan und einmal bei Verunreinigung durch Mineralöle.

Die einschlägigen Untersuchungen in den öffentlichen und privaten Bädern konnten von 77 auf 86 (1.234 Einzeluntersuchungen) gesteigert werden, wobei die großen Bäder vertragsmäßig mehrmals jährlich kontrolliert wurden. Abwasseruntersuchungen in Kläranlagen wurden in 2 Fällen vorgenommen. Das Steriltestlaboratorium hat 1.068 Prüfungen von Sterilisations- und Desinfektionsapparaten durchgeführt. Diese Zahl umfaßt nicht nur die Routinekontrollen, sondern auch die arbeitsaufwendigen Abnahmeprüfungen, die vor der Inbetriebnahme an großen Sterilisieranlagen in städtischen Krankenhäusern erfolgen. Bei den 1.068 Prüfungen ergaben sich 45 Beanstandungen.

Die Zahl der bakteriologischen und serologischen Untersuchungen für klinische Zwecke hat mit 12.734 Fällen gegenüber 1976 mit 14.257 Fällen abgenommen. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die Einsendungen des Karolinenkinderspitals, das geschlossen wurde, wegfallen.

Der Umfang der fluoreszenzoptischen Untersuchungen von Erd- und Aushubmaterial des Entlastungsgerinnes auf seine Eignung als Aufschüttmaterial für die Donauinsel nahm gegenüber 1976 um das Dreifache zu.

Besonders forciert wurden 1977 vor allem auf dem Gebiet des Infektions-Hospitalismus die Maßnahmen zur Krankenhaushygiene. Während des Aufenthaltes im Krankenhaus können, von verschiedenen Erregern ausgelöst, bei Patienten häufig Krankheiten auftreten. Diese Bakterien, Viren, Pilze usw. zeichnen sich oft durch besondere Widerstandsfähigkeit gegenüber Medikamenten und Desinfektionsmitteln aus. Zur Verhütung solcher oft lebensbedrohlicher Komplikationen werden seit Jänner 1977 die nach der 2. Novelle des Wiener Krankenanstaltengesetzes eingesetzten Krankenhaushygieniker intensiv geschult. 1977 fanden 12 zweistündige in Form von Vorträgen abgehaltene Veranstaltungen mit insgesamt 20 Referenten statt. Die Vorträge wurden für den Gebrauch in den Wiener städtischen sowie in den privaten Krankenanstalten von der Magistratsabteilung für Informationswesen vervielfältigt. 5 Vorträge wurden bereits in der Zeitschrift „Hospitalhygiene, Gesundheitswesen und Desinfektion“ publiziert.

Angelegenheiten der allgemeinen Hygiene und des Umweltschutzes mußten wie in früheren Jahren in großer Anzahl behandelt werden. Die Bezirksgesundheitsämter hatten 728 Fälle betreffend Lärmbelästigung, 966 betreffend Luftverunreinigungen, 1.306 betreffend Wohnhygiene, 1.874 betreffend Abwasser und Abfallstoffe, 1.518 im Zusammenhang mit der Schädlingsbekämpfung und 2.850 bezüglich sonstiger sanitärer Übelstände zu bearbeiten. Hierbei wurde in 4.731 Fällen die Bestätigung der vor-

gebrachten Beschwerden durch Erhebungen erbracht und die Abstellung der Übelstände in die Wege geleitet. Die Amtsärzte der Bezirksgesundheitsämter nahmen im Rahmen gewerbe- und baubehördlicher Verfahren an 1.750 Kommissionierungen teil.

Der Aufgabenbereich der Zentrale des Gesundheitsamtes umfaßt die ärztliche Beurteilung von Anträgen des Anrainerschutzes in bau- und gewerbebehördlichen Verfahren, soweit es sich um größere Projekte, Fragen grundsätzlicher Bedeutung oder Vorhaben handelt, zu deren Beurteilung umfangreiche Voruntersuchungen nötig sind. Außerdem ist durch die Änderung der Geschäftseinteilung nunmehr die Magistratsabteilung für Gewerbesachen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens — bisher war es das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie — als Zweitinstanz in gewerblichen Berufungsverfahren tätig. Bei derartigen Verfahren wird ebenfalls ein ärztlicher Sachverständiger des Gesundheitsamtes herangezogen. Von den insgesamt 881 bearbeiteten Angelegenheiten des Anrainerschutzes entfielen 541 auf diesen Aufgabenkreis. Zu 113 kommissionellen Verhandlungen stellte das Gesundheitsamt den ärztlichen Sachverständigen. In Angelegenheiten des Lärm- und sonstigen Umweltschutzes wurden insgesamt 123 schriftliche Gutachten erstellt. Bemerkenswert ist, daß 1977 keine Beschwerde eingebracht wurde, die ihre Ursache im Überbelag von Wohnungen durch Gastarbeiter hatte. Dieser seinerzeit beträchtliche Übelstand scheint nun doch weitgehend unter Kontrolle gebracht zu sein, was aber auch mit dem allgemeinen Rückgang der Gastarbeiterzahlen in Zusammenhang stehen mag. Zahlenmäßig geringfügig zurückgegangen sind die Beschwerden über nächtliche Ruhestörung durch Gastbetriebe, weshalb 84 nächtliche Hörproben im Zusammenwirken mit der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien und der Polizei vorgenommen wurden. In der ersten Jahreshälfte fielen zahlreiche Verhandlungen durch die Novellierung der Straßenverkehrsordnung an, da diese unter anderem die Beschränkung des Parkens von Lastkraftwagen in Wohngebieten vorsieht. War dies eine früher kaum behebbare Ursache immer wiederkehrender Beschwerden, so ist diese Angelegenheit durch die Gesetzesnovelle als geregelt zu betrachten.

Im Rahmen der allgemeinen Hygiene wurde der Frage der ärztlichen Betreuung der Wiener Bevölkerung erhöhte Bedeutung zugewiesen. Zur Förderung der Niederlassung von praktischen Ärzten sowie von bestimmten Fachärzten wurde vom Gesundheitsamt die Planung von Räumlichkeiten für Arztpraxen und -wohnungen in einer Reihe von neuen Gemeindebauten in den mit Ärzten unterversorgten Randgebieten beantragt. In 11, Enkplatz 2, wurde 1977 Wiens erste Gruppenpraxis mit einer Augenärztin, einem Neurologen und einem Dermatologen eröffnet. Die bereits 1976 im Gesundheitsamt eingerichtete „Beratungsstelle für Ärzteniederlassungen“ wurde 1977 von rund 200 Ärzten (1976: 80 Ärzten) in Anspruch genommen. Neben ständiger telefonischer oder persönlicher Beratung fanden einmal monatlich „Teamberatungen“ im Gesundheitsamt statt, bei denen den jungen Ärzten Vertreter des Gesundheitsamtes, des Wohnungsamtes, der Ärztekammer, der Gebietskrankenkasse und der Kreditinstitute gleichzeitig für Auskünfte zur Verfügung standen. Dabei wurde getrachtet, eine gewisse Lenkung der Niederlassungen in Richtung der ausgesprochen unterversorgten Stadtteile zu erreichen. Eine Kreditaktion der Gemeinde Wien ermöglicht praktischen Ärzten den Bezug eines sehr günstigen Kredites für die Niederlassung in einem besonderen Bedarfsgebiet. Ferner konnten sich 1977 an den 10 im Einvernehmen mit der Ärztekammer anerkannten „Lehrpraxen“ 19 vor ihrer Niederlassung stehende Ärzte auf ihre Tätigkeit als praktischer Arzt vorbereiten. Ärzte, die sich noch in einem Anstellungsverhältnis zu einer städtischen Krankenanstalt befinden, erhalten für die Absolvierung einer solchen Lehrpraxis einen bezahlten Sonderurlaub von vier Wochen.

Zu den Aufgaben der sanitären Aufsicht zählt zunächst die Kontrolle aller Krankenanstalten in hygienischer Hinsicht. Sachverständige des Gesundheitsamtes müssen auch sämtliche sich bei der Errichtung, der Erweiterung und beim Umbau von Krankenanstalten ergebenden gesundheitlichen Fragen begutachten. 276 Augenscheinverhandlungen und zahlreiche Vorbesprechungen dienten dazu, bereits bei der Planung einschlägiger Projekte alle jene Bedingungen und Auflagen zu berücksichtigen, die vom Standpunkt der sanitären Aufsicht erforderlich sind. Die Projekte sind hinsichtlich ihrer Größenordnung weit gestreut. Sie umfaßten sowohl die Bauverhandlungen für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sowie Um- und Zubauten im Rahmen der Verbesserung von Sanitärgruppen in den städtischen Krankenanstalten. Für die gesundheitsbehördliche Betriebsbewilligung der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurden vom Gesundheitsamt bei den mehrtägigen Verhandlungen und Begehungen die erforderlichen Stellungnahmen abgegeben. Vom amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales wurde die Planungskommission für die städtischen Krankenanstalten reorganisiert, um einen effizienten Planungsablauf zu garantieren.

Die behördlichen Überprüfungen der Strahlenanlagen wurden fortgeführt. Vom Gesundheitsamt wurde ein Kontaminationsmeßgerät gekauft, um an Personen, die tatsächlich oder vermutlich mit offenen radioaktiven Stoffen kontaminiert wurden, Messungen durchführen zu können. Sämtliche Sanitätsrevisoren der Bezirksgesundheitsämter und die Desinfektoren der Desinfektionsanstalt der Stadt Wien

wurden in der Handhabung des Gerätes unterwiesen. Im Rahmen der Zivilschutzkurse wurden laufen Revisoren zur Teilnahme an den Strahlenschutzkursen entsandt.

Auf dem Sektor des Leichen- und Bestattungswesens trat keine Änderung ein. Durch die Amtsärzte wurden 1.298, durch die Totenbeschauärzte 3.324 und durch den zentralen Toten beschaudienst 2.121 Tote beschaut. In den privaten Krankenanstalten beschauten anstaltseigene Toten beschauärzte 1.835 Verstorbene, am Gerichtsmedizinischen Institut fielen 107 Totenbeschauen und 1.874 sanitätspolizeiliche Obduktionen an.

Dem Gesundheitsamt obliegt auch die Überwachung der Sanitätsberufe (Ärzte, Apotheker, Dentisten) sowie die Evidenzführung und Ausbildung des Krankenpflegepersonals, des Personals der Sanitätshilfsdienste und der Hebammen. Von den im Gesundheitsamt bearbeiteten Angelegenheiten betrafen 3.719 Ärzte, 1.438 Apotheken, Drogerien und pharmazeutische Betriebe, 52 Dentisten und 1.540 die Suchtgiftkontrolle. Hierbei wurde eine große Zahl von Kontrollvisitationen, Betriebseinschauen und Kommissionierungen durchgeführt. Weiters mußten 2.494 Impfzeugnisse beglaubigt werden. Ende 1977 waren in Wien insgesamt 6.337 Ärzte in Evidenz. Die Anzahl der praktischen Ärzte ist seit 1976 um 111 auf 1.536 angestiegen, davon sind aber 596 in Anstalten tätig. Die Zahl der Fachärzte, einschließlich der Zahnärzte, betrug 3.244, die der Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde 640 und die der in Krankenanstalten tätigen Fachärzte stieg um 1.102 auf 2.217.

Im Jahre 1977 wurden gemeinsam mit einem Vertreter der Ärztekammer 2 zahnärztliche Ordinationen nach den Bestimmungen des Arztegesetzes überprüft und vorhandene Unzukömmlichkeiten abgestellt. Die Zahl der Dentisten verminderte sich 1977 weiterhin auf 406. Nach den gesetzlichen Bestimmungen und nach der Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden die Betriebsstätten von Dentisten durch die Bezirksamtsärzte überprüft. Diese Kontrolle hat derzeit weisungsgemäß in dreijährigen Intervallen zu erfolgen.

Die Anzahl der öffentlichen Apotheken in Wien ist 1977 durch die Eröffnung einer Apotheke in dem neuerrichteten Stadtteil „Rennbahngründe“ im 22. Bezirk auf 250 angestiegen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln wurde dadurch in diesem Randbezirk verbessert.

Unter Zuziehung eines Vertreters der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen und in Anwesenheit eines Vertreters der Apothekerkammer wurden 80 Apotheken überprüft, insgesamt 442 Proben gezogen, davon 82 beanstandet und durch Bescheid des Gesundheitsamtes aus dem Verkehr gezogen. Bei 32 pharmazeutischen Betrieben und Drogengroßhandlungen wurden gemeinsam mit einem Vertreter der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen, dem entsprechenden Gremialvertreter und dem zuständigen magistratischen Bezirksamt Kontrollen vorgenommen.

Im November 1977 konnte im 11. Bezirk probeweise mit einem Medikamentenzustelldienst für nicht gehfähige Patienten begonnen werden. Bezüglich Suchtgiftangelegenheiten gab 1977 die Bundespolizei in Wien dem Gesundheitsamt 590 Personen bekannt, die mit dem Suchtgiftgesetz in Konflikt gekommen sind. Einzelne Personen wurden wegen dieser Delikte mehrfach gemeldet. Nach namentlicher Meldung der Süchtigen erfolgte die Aufnahme von insgesamt 168 Patienten in Krankenanstalten zur stationären Entwöhnungsbehandlung.

Über Weisung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, dem bei Suchtgiftkontrollen in Apotheken häufige Suchtgiftverschreibungen aufgefallen waren, mußten bei 43 niedergelassenen praktischen Ärzten sowie bei Fachärzten Erhebungen über die Indikationen usw. dieser Verschreibung vorgenommen werden.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hielt nach sehr langer Zeit 1977 wieder eine Prüfung für Durchgasungstechniker zur Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen ab.

Ferner wurde die Tätigkeit von 5 frei praktizierenden Hebammen und 159 Anstaltshebammen überprüft. In der Bundeshebammenlehranstalt wurde 1977 ein neuer Lehrgang eröffnet. Der Aufnahmekommission stellten sich 76 Bewerberinnen vor, von denen 30 aufgenommen wurden. 6 Hebammen legten auf Grund eines Bescheides des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz eine Ergänzungsprüfung ab. In der Bundeshebammenlehranstalt Wien wurden 2 Fortbildungskurse für Hebammen abgehalten. 4 freiberuflich tätige Hebammen erhielten für ihre Mitwirkung bei der Früherfassung der Phenylketonurie im Jahre 1976 am 23. Mai 1977 eine Prämie von je 700 S. Im Krankenpflegewesen war eine große Zahl von Aufnahme- und Prüfungskommissionen für die verschiedenen Berufe der Krankenpflege und der Sanitätshilfsdienste zu leiten. Für die Krankenpflege-, Kinderkranken- und Säuglingspflegeschulen sowie für die medizinisch-technischen Schulen fanden 22 Aufnahme- und 119 Prüfungskommissionen statt. Aus den Lehrgängen der allgemeinen und speziellen Krankenpflegeschulen sind 285, aus den medizinisch-technischen Schulen 254 und aus den Ausbildungskursen in den Sanitätshilfsdiensten 444 diplomierte oder geprüfte Absolventinnen und Absolventen

hervorgegangen. An Sonderausbildungskursen nahmen 54 Krankenpflegepersonen teil. 1977 wurden 19 beziehungsweise 23 den Krankenpflegefachdienst beziehungsweise die medizinisch-technischen Dienste freiberuflich ausübende Personen evident gehalten.

Die im Jahre 1975 zunächst als Modellversuch im 22. Bezirk gestartete und 1976 auf den 11. und 21. Bezirk ausgedehnte Aktion der „Mobilen Krankenschwester“ wurde 1977 auf den 10., 12., 13., 14. und 23. Bezirk ausgeweitet. Sinn dieser Einrichtung ist es, die praktischen Ärzte zu entlasten. Die „Mobile Schwester“ betreut als „verlängerter Arm des Arztes“, das heißt genau nach Anweisung des behandelnden Arztes, Patienten in ihrem häuslichen Milieu. Der bisherige Erfolg dieser Aktion war groß, und zwar standen im Jahre 1977 insgesamt 33 Schwestern im Einsatz, die 52.900 Hausbesuche durchgeführt haben; 1976 hatten 12 Schwestern 19.882 Hausbesuche vorgenommen. Die Mithilfe der mobilen Krankenschwestern wurde von insgesamt 180 praktischen Ärzten in Anspruch genommen.

In der amtsärztlichen Untersuchungsstelle des Gesundheitsamtes wurden insgesamt 14.880 amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden überdies 6.736 Blutabnahmen, 7.399 Harnuntersuchungen und 265 Elektrokardiogramme vorgenommen. Ferner wurden 400 Hausbesuche zur Erlangung einer Hilfenzulage und 338 über Auftrag der Wiener Stadtwerke durchgeführt. In den Bezirksgesundheitsämtern wurden, vorwiegend im Rahmen der Wohlfahrtspflege und der Jugendfürsorge, 17.075 amtsärztliche Untersuchungen vorgenommen. In der Rezeptprüfungsstelle des Gesundheitsamtes konnten 50.583 Rezepte mit 115.177 Arzneimittelverordnungen für Befürsorgte nach stichprobenweiser ärztlicher Überprüfung retaxiert werden. Zur ärztlichen Begutachtung der Notwendigkeit von Kur-aufenthalten, von Heilbehelfen und Hörgeräten wurden 46 Anträge eingereicht und erledigt.

Im Rahmen des vorsorgemedizinischen Fachdienstes wurden in 5 Gesundenuntersuchungsstellen des Gesundheitsamtes 6.221 Personen, davon 2.104 Männer und 4.117 Frauen, untersucht. Außer den klinischen Untersuchungen waren 55.161 verschiedene Laboratoriumsuntersuchungen, 7.520 spezielle gynäkologische Untersuchungen und 6.194 Schirmbilduntersuchungen der Lunge vorzunehmen. Bei insgesamt 286 Personen, 49 Männern und 237 Frauen, sind geschwulstverdächtige Befunde erhoben worden, wovon vorläufig 20 als bösartige Leiden verifiziert wurden, und zwar 5 als Gebärmutter-, 4 als Brustdrüsen-, 4 als Haut-, 6 als Lungen- und 1 als Ovarialkarzinom.

Im Jahre 1977 wurden in steigendem Ausmaß die im ASVG vorgesehenen gesetzlichen Vorsorgeuntersuchungen vorgenommen, so daß sie fast 95 Prozent der Probanden umfaßten. Nur 5,3 Prozent der Fälle wurden ohne Krankenkassenzuweisung in den Gesundenuntersuchungsstellen untersucht.

Im Rahmen der Laboruntersuchungen wurde 1977 der Glucosetoleranztest neu eingeführt. Ab März 1977 wurde in der Gesundenuntersuchungsstelle des Wilhelminenspitals mit einer neun verschiedenen Blutuntersuchungen umfassenden Aktion, einem „Multiphasic-Inborscreening“, begonnen. Die Auswertung dieser Studie ist noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen der Gesundenuntersuchungsstellen wurde in Zusammenarbeit mit der Stoffwechselabteilung des Krankenhauses Lainz eine mehrjährige Studie über Ursache, Verlauf und Folgen von Stoffwechselerkrankungen begonnen.

In der Raucherberatungsstelle, die entwöhnungswilligen Rauchern und deren Angehörigen Rat und Hilfe geben soll, wurden 118 Raucher, 87 Männer und 31 Frauen, erstmals untersucht und beraten. Insgesamt fanden sich nur 269 Personen zu Kontrolluntersuchungen ein, das waren um 218 weniger als 1976.

Im Rahmen der Nachbetreuung der Geisteskranken und Alkoholkranken mußten 3.502 Einweisungsparere und 3.901 Entlassungsbescheide sowie 470 Entmündigungsanträge bearbeitet werden. In der Beratungstätigkeit waren 3.997 Neuzugänge zu verzeichnen. In der Nachbetreuung wurden 12.540 Kontrollberatungen, 2.984 gruppentherapeutische und 4.621 Beratungen von Angehörigen und Betreuern geleistet. Im Rahmen der Rehabilitationsvorbereitung mußten 4.525 Dienstwege oder Hausbesuche durchgeführt werden. In Zusammenarbeit mit den Jugendämtern wurden 102 geisteskranken Mütter von Kleinkindern betreut oder begutachtet. Der Militärbehörde Wien (Musterungsuntersuchung) mußten 35 aus psychiatrischen Gründen wehruntaugliche Personen gemeldet werden. Im Rahmen des Psychometrischen Labors wurden 501 Testuntersuchungen vorgenommen. Der Stand der karteimäßig erfaßten Personen hat sich im Laufe des Jahres von 48.680 auf 50.640 erhöht.

Die Besucherzahl der Beratungsstelle für Alkoholranke in 2, Kleine Spergasse 2b, und in 3, Hainburger Straße 70, hat weiter etwas zugenommen und betrug 9.471 Personen (1976: 9.021).

Im Rahmen der Betreuung der Drogenabhängigen wurden 599 Personen untersucht. Davon wurden 475 Personen vom Gericht im Sinne des § 9 des Suchtgiftgesetzes zugewiesen, 124 Personen suchten von sich aus die Beratungsstellen auf. Der Anteil der harten Drogennehmer (Fixer) betrug 31 Prozent. Von diesen wiesen 32 Prozent eine deutliche Leberschädigung und 26 Prozent ein psychoorganisches Syndrom als Ausdruck einer bereits erfolgten Gehirnschädigung auf. Der Anteil der geisteskranken Drogennehmer betrug rund 5 Prozent. Von den 475 gemeldeten Drogenabhängigen konnte

bisher bei 39 Prozent eine Besserung erzielt werden. 27 Prozent erwiesen sich als nicht behandlungswillig und mußten den Gerichten gemeldet werden. Mit der Eröffnung einer neuen Beratungsstelle in 22, Steigenteschgasse 142, verfügt das Gesundheitsamt der Stadt Wien nun über 5 psychohygienische Beratungsstellen. Ferner führte das Referat Psychohygiene des Gesundheitsamtes die fachliche Schulung, Beratung und Kontrolle der Laienhelfertätigkeit der Gesellschaft „Pro mente infirmis“ durch. Durch die Kontakthilfe konnten 402 Patienten im sozialen Gleichgewicht gehalten werden, 199 Kontakthilfen wurden stabilisiert abgeschlossen. In 63 Fällen mußte diese Hilfe als nicht mehr chancenreich infolge von Rückfällen abgebrochen werden; es handelte sich dabei vorwiegend um Alterspatienten mit fortgeschrittenem körperlichen Verfall. Auch das „Zentrum 25“ wurde fortlaufend beraten und kontrolliert; es verzeichnete im Jahre 1977 eine Frequenz von 3.900 Patienten.

Zur Verbesserung der medizinischen Nachbetreuung entlassener psychiatrischer Patienten und zur damit verbundenen Entlastung der psychiatrischen Krankenanstalten wurde 1977 mit dem Aufbau einer Sektorisierung der psychosozialen Dienste begonnen. Entsprechende Einrichtungen wurden für eine im 21. Bezirk zu errichtende Modellstation geplant, die im Kontakt mit dem Psychiatrischen Krankenhaus für Nachbetreuung und Therapie der psychisch Kranken sorgen wird; darüber hinaus wird die Station aber auch über eine Tagesklinik verfügen.

In den 4 städtischen Schwangerenberatungsstellen wurden im Jahre 1977 6.629 Untersuchungen und Beratungen durchgeführt, davon 2.547 Erstberatungen. Bei 696 Frauen wurden pathologische Befunde erhoben und entsprechende ärztliche Maßnahmen veranlaßt, die der Verhütung von schädlichen Auswirkungen auf das Kind dienen. Im Zuge der Untersuchungen und Beratungen wurden 1.389 Wassermannproben abgenommen und 1.936 Rhesusfaktorbestimmungen durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem Sozialamt wurden in den 6 Beratungsstellen für Eheberatung und Familienplanung der Stadt Wien insgesamt 9.006 ärztliche Konsultationen durchgeführt.

Die 43 Ärzte der 59 städtischen Mutterberatungsstellen führten 78.532 Beratungen (davon 5.318 Erstberatungen) durch, und zwar vorwiegend für Mütter von Säuglingen, aber auch für solche von älteren Kindern. In den Mutterberatungsstellen wurden auch 23.328 Schutzimpfungen gegen Diphtherie, Keuchhusten und gegen Kinderlähmung vorgenommen, Fluortabletten zur Verhütung der Zahnkaries ausgegeben und 6.005 Vitamin-D-Stöße zur Rachitisverhütung verabreicht. Weiters wurde 1977 mit Blutdruckmessungen bei gefährdeten Säuglingen begonnen.

Im Laboratorium für Neonatologie und angeborene Störungen wird auf das Vorliegen von 15 verschiedenen Stoffwechselstörungen untersucht. Im Jahre 1977 wurden 14.532 Suchtests durchgeführt, dabei wurden 11 Fälle von Phenylketonurie, 6 Fälle von Histidinämie und 3 Fälle von Galaktosämie erkannt.

Im Zentrum für Entwicklungsdiagnostik und zerebrale Bewegungsstörungen, dessen Hauptzweck die zeitgerechte Erfassung und Betreuung von kindlichen Gehirnschäden und anderen neurologischen Störungen ist, wurden 2.230 Kinder untersucht, davon kamen 739 zu Erstuntersuchungen. Bei 500 Kindern wurde eine Entwicklungsstörung mit Therapiebeziehungsweise Beratungsbedürftigkeit festgestellt.

In der Ambulanz für Pädiatrische Kardiologie, die gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik geführt wird, wurden 3.297 Kinder mit Verdacht auf Herzfehler oder Herzmißbildungen untersucht.

In den städtischen Kindergärten wurden 10.454 ärztliche Untersuchungen vorgenommen. In den Wiener Kindergärten und in der Zentrale des Gesundheitsamtes in 1, Gonzagagasse, wurden auch Sehtests in Form von Reihenuntersuchungen durchgeführt. 11.638 Kinder wurden getestet, wovon 14 Prozent einer augenärztlichen Behandlung bedurften. Bei Kindern ab 5 Jahren wurden auch Gehörtests mit speziellen Geräten durchgeführt. 9.917 Kinder sind getestet worden, bei 860 war das Hörvermögen beeinträchtigt. Seit Jänner 1977 wird gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik eine Ambulanz für fettsüchtige Kinder geführt, in der bereits 418 Erstuntersuchungen vorgenommen wurden.

Durch Subvention des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz konnten zunächst probeweise an drei Wiener Spitälern Informationsstunden für Wöchnerinnen eingeführt werden. Wegen des großen Erfolges werden ab November 1977 diese nun an allen geburtshilflichen Abteilungen Wiens abgehalten. Als Begleitmaßnahme wurden Informationsblätter herausgegeben, die die Mütter über Schwangerschaft, Geburt und den Säugling unterrichten sollen. In den Mutterberatungsstellen wurde ein Tonbanddienst für ausländische Mütter in Türkisch und Serbokroatisch eingeführt.

Im Rahmen des Schulärztlichen Dienstes wurden insgesamt 186.253 Untersuchungen und 71.374 Impfungen durchgeführt. Dabei nahmen die 63 städtischen Schulärzte in den Pflichtschulen, in den Polytechnischen Lehrgängen, in den Körperbehindertenschulen, in den Lehranstalten für

Frauenberufe, in Ganztagschulen und in städtischen Kinderheimen 163.998 Untersuchungen vor.

In der augenärztlichen Untersuchungsstelle des Schulärztlichen Dienstes wurden 4.398 und in der ohrenärztlichen Untersuchungsstelle 5.069 Untersuchungen geleistet. 1.365 Schulkinder benötigten eine neue oder abgeänderte Brillenverordnung, bei 34 wurden Störungen des Farbsinnes festgestellt. 477 Schulkinder litten, wie bei der ohrenärztlichen Untersuchung gefunden wurde, an Schwerhörigkeit. 1977 wurden zu den vorhandenen Sehtestgeräten weitere 5, zu den Hörtestgeräten 4 angeschafft. Die Anzahl weiterer fachärztlicher Untersuchungen betrug 12.788, davon waren 1.448 logopädische und 760 neurologisch-jugendpsychiatrische Untersuchungen.

Das bereits 1976 bemerkbare vermehrte Auftreten von Kopfläusen nahm weiterhin deutlich zu. In rund 300 erfaßten allgemeinbildenden Pflichtschulen wurden 2.052 Fälle von Verlausung gemeldet; das sind um 990 mehr als im Vorjahr. 1977 wurde gemeinsam mit der Magistratsabteilung für Informationswesen das „Merkblatt über Maßnahmen bei Befall mit Kopfläusen“ neu überarbeitet, auch in serbokroatischer und türkischer Übersetzung gedruckt und neuerlich an alle Pflichtschüler verteilt.

Die Jugendzahnkliniken des Gesundheitsamtes, die der Verhütung von Zahnkaries und der Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter dienen, haben sowohl auf dem Gebiete der Vorsorgemedizin wie auch auf dem der kurativen Medizin Aufgaben zu erfüllen. Grundsätzlich sollen von Ärzten der Jugendzahnkliniken alle Kinder, die eine städtische Volks-, Haupt- oder Sonderschule besuchen, mindestens zweimal pro Schuljahr in der Schule untersucht werden. Wegen Personalknappheit war die zweite Untersuchung in diesem Jahr nur bei einem Teil der Kinder möglich. Wurde bei einer der Untersuchungen festgestellt, daß das Kind eine zahnärztliche Behandlung nötig hatte, so wurden die Eltern schriftlich davon verständigt. Überdies haben alle in Wien wohnhaften Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr das Recht auf kostenlose Behandlung in den Jugendzahnkliniken. Lediglich für kieferorthopädische Behandlungen wird ein Kostenbeitrag eingehoben. Im Februar 1977 wurde die Zentraljugendzahnklinik in 9, Salzergasse 28, eröffnet. In diesem Neubau sind die Jugendzahnklinik 9, die Narkosestation, die Kieferorthopädische Station sowie Leitung und Zentraldepot der Jugendzahnkliniken untergebracht. Im selben Zeitraum wurde die Jugendzahnklinik in 9, Ayrenhoffgasse 7, und die Kieferorthopädische Station in 8, Wickenburggasse 15, geschlossen.

Im Rahmen der prophylaktischen Tätigkeit wurden 1977 in den Schulen 106.325 Kinder einmal und 20.713 Kinder zweimal untersucht; insgesamt wurden 127.038 Untersuchungen durchgeführt, bei denen in 38.101 Fällen mindestens ein behandlungsbedürftiger Zahn festgestellt wurde. Die Behandlungsbedürftigkeit betrug somit 29,9 Prozent und war gegenüber 1976 um 1,2 Prozent gestiegen. Diese Zunahme ist relativ gering, aber zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß infolge von Fehlinformationen in den Massenmedien die Durchführung der Fluortablettenaktion mangelhaft war. Wie in den Vorjahren hatten auch 1977 alle Kinder die Möglichkeit, Fluortabletten zur Verhütung der Zahnkaries kostenlos zu erhalten. 1977 kam diese Aktion in einigen Schulen Wiens jedoch total zum Erliegen, obwohl insgesamt mehr als 90 Prozent der Eltern ihre Zustimmung zur Einnahme der Tabletten gaben. Während die Behandlungsbedürftigkeit vor Einführung der Fluortablettenaktion zwischen 50 und 60 Prozent schwankte (Höchststand 62 Prozent), liegt sie, seit die Fluortablettenaktion voll zur Auswirkung kam, zwischen 25 und 30 Prozent.

Im Bereich der kurativen Tätigkeit in den Jugendzahnkliniken betrug die Zahl der Behandlungssitzungen 16.703. 10.364 Füllungen wurden abgelegt, von denen 2.191 Zweiflächenfüllungen und 635 Dreiflächenfüllungen waren. Die Zahl der Operationen (Wurzelspitzenresektionen, chirurgische Zahnentfernungen usw.) betrug 89. Wurzelbehandelt wurden 1.131 Zähne, 518 bleibende Zähne und 1.899 Milchzähne waren zu extrahieren. In 3.681 Fällen wurden Zahnreinigungen vorgenommen, 355 Röntgenaufnahmen angefertigt. In der Narkosestation wurden 644 Kinder einer Behandlung in Narkose unterzogen. 1.413 Füllungen wurden gelegt, 722 bleibende Zähne und 1.588 Milchzähne extrahiert. In der Kieferorthopädischen Station waren 6.966 Behandlungssitzungen zu verzeichnen, 77 Extraktionen und 494 Röntgenaufnahmen wurden durchgeführt. 922 Kinder konnten fachärztlich kieferorthopädisch beraten werden.

Das Referat Körperbehindertenbetreuung des Gesundheitsamtes dient der fachärztlichen Betreuung und medizinischen Rehabilitation Körperbehinderter. Im Jahre 1977 wurden 34.853 Vorsprachen verzeichnet, davon 19.965 bei Fachärzten. Orthopädische Untersuchungen wurden in der Betreuungsstelle 4.908, bei bettlägerigen Behinderten 478, in den öffentlichen Volksschulen 13.548 und in den Schulen für körperbehinderte Kinder 537 vorgenommen. Die Zahl der physikalischen Untersuchungen in den Schulen für körperbehinderte Kinder betrug 494. Physikalisch-medizinische Behandlungen wurden 4.773 durchgeführt. Die Fürsorgerinnen wurden von 28.931 Ratsuchenden aufgesucht; sie machten 2.669 Hausbesuche sowie 1.853 Dienstwege. Weiters wurden 16.119 verschiedenartige Heil- und Hilfsmaßnahmen beantragt, darunter insbesondere 2.800 orthopädische Heilbehelfe sowie 6.299 Zuweisungen zum Haltungsturnen.

Bedauerlicherweise haben auch im Jahre 1977 wieder Behinderte ihren Arbeitsplatz verloren; sie sind zumeist die ersten, auf die sich eine eventuell kritische Beschäftigungslage ihres Betriebes auswirkt. Dementsprechend fielen im Gesundheitsamt zahlreiche Anträge auf Eingliederungshilfe an.

Nach der 6. Novelle der Straßenverkehrsordnung vom 10. August 1976 werden dauernd stark gehbehinderten Personen große Erleichterungen im Straßenverkehr nach Ausstellung eines Behindertenausweises zugebilligt. Die diesbezüglichen Anträge werden zur fachärztlich-orthopädischen Untersuchung an das Gesundheitsamt übermittelt. 1977 wurden 856 Personen fachärztlich untersucht, dabei 497 Anträge positiv und 359 Anträge negativ begutachtet. Nach der 3. Novelle des Wiener Behindertengesetzes vom 27. Dezember 1976 wurden 818 fachärztliche Begutachtungen zwecks Gewährung von Pflegegeld durchgeführt.

In der Untersuchungs- und Beratungsstelle für Tropenreisende fanden 163 Untersuchungen für Auslandsreisende statt; 12 Personen sind nicht mehr zu weiteren Untersuchungen erschienen. Einem Untersuchten mußte wegen einer chronischen Leberzirrhose von einem Tropenaufenthalt abgeraten werden. Von den Tropenreisenden haben sich 34 nach ihrer Rückkehr zur Untersuchung gemeldet; von ihnen hat keiner einen derzeit feststellbaren gesundheitlichen Schaden erlitten.

Im Rahmen der vorsorgemedizinischen Maßnahmen wurde vom Gesundheitsamt während der „Seniorenwoche“ vom 11. bis 18. September 1977 und am „Tag der offenen Tür“ eine „Gesundheitsstraße“ eingerichtet. Neben Messung, Wägung und Blutdruckmessungen wurden während der „Seniorenwoche“ auch Seh- und Hörtests sowie Lungenfunktionsuntersuchungen (Kleine Spirometrie) unentgeltlich für die Bevölkerung vorgenommen. Ferner wurden von den Amtsärzten des Gesundheitsamtes 19 Erste-Hilfe-Kurse für insgesamt 271 Kanzleilehrlinge abgehalten. Im Rahmen administrativer Aufgaben wurden von der Kanzlei des Personalreferates mehr als 4.000 Schriftstücke abgefertigt und rund 10.000 Einzelerledigungen durchgeführt; der Parteienverkehr belief sich auf 3.000 Personen. In Kanzlei und Büro des Landessanitätsdirektors langten mehr als 56.860 Schriftstücke ein, der Postauslauf betrug 37.620. Der Parteienverkehr umfaßte 12.360 Personen.

Ebenso wie in den letzten Jahren wurde auch im Jahre 1977 ein umfassender „Gesundheitsbericht für Wien“ herausgegeben. Er enthält Leistungsberichte des Gesundheitsamtes, demographische Übersichten, Angaben zum gesamten Gesundheitswesen Wiens und ausführliche medizinisch-statistische Darstellungen zum Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung. Ferner wirkte das Gesundheitsamt an der Fertigstellung des „Gesundheitsplanes der Stadt Wien“ mit, der sich mit den bereits erfolgten sowie für die Zukunft geplanten Maßnahmen der Stadt zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung sowie mit Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und mit den organisatorischen Grundsätzen der Krankenversorgung Wiens auseinandersetzt.

Sanitätsrechtsangelegenheiten

Was die bundesrechtlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Sanitätsrechts betrifft, so wurde im Bundesgesetz vom 24. März 1977 über Ausnahmen von der Impfpflicht gegen Pocken in den Kalenderjahren 1977 und 1978, BGBl. Nr. 167/1977, bestimmt, daß die im § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1948, BGBl. Nr. 156, genannten Kinder in den Kalenderjahren 1977 und 1978 nicht der Verpflichtung unterliegen, sich gegen Pocken impfen zu lassen.

Ein Übereinkommen zwischen dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz der Republik Österreich und dem Minister für Öffentliche Gesundheit und Umweltschutz des Großherzogtums Luxemburg über die postpromotionelle Ausbildung luxemburgischer Ärzte in Österreich trat am 2. Juni 1977 in Kraft und wurde im BGBl. Nr. 303/1977 verlautbart.

Durch die Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 15. Juli 1977, mit der die Spezialitätenordnung geändert wird, BGBl. Nr. 399/1977, wurden die Vorratshaltung und die Abgabe von nicht registrierten pharmazeutischen Spezialitäten unter Verwaltungsstrafsanktion gestellt.

Mit der Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 21. August 1977, mit der die Rezeptpflichtverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 485/1977, wurde insbesondere die Liste der Anlage ergänzt und geändert. Die Arzneitaxe wurde dreimal geändert, und zwar mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 23. Juni 1977, mit der die österreichische Arzneitaxe 1962 geändert wird (49. Änderung der Arzneitaxe), BGBl. Nr. 338/1977, mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 2. November 1977, mit der die österreichische Arzneitaxe 1962 geändert wird (50. Änderung der Arzneitaxe), BGBl. Nr. 556/1977, und mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 6. Dezember 1977, mit der die österreichische Arzneitaxe 1962 geändert wird (51. Änderung der Arzneitaxe), BGBl. Nr. 598/1977.

In der Verordnung BGBl. Nr. 556/1977 wurde insbesondere auch bestimmt, daß der ermäßigte Nachlaß für öffentliche Apotheken bei einem Jahresumsatz mit den begünstigten Beziehern bis zu 2 Millionen Schilling (vorher 800.000 Schilling) 6 Prozent der gesamten Rechnungssumme, einschließlich der Nettoartikel, beträgt.

Auf Grund der §§ 58 und 59 a des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 281/1974, wurde die Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 10. Mai 1977, betreffend die Anwendung eines bundeseinheitlichen Buchführungssystems, das eine Kostenermittlung und eine Kostenstellenrechnung in den Krankenanstalten ermöglicht (Krankenanstalten-Kostenrechnungsverordnung — KRV), BGBl. Nr. 328/1977, erlassen. Das Krankenanstaltengesetz wurde mit dem Bundesgesetz vom 14. Dezember 1977, mit dem das Krankenanstaltengesetz geändert wird, BGBl. Nr. 659/1977, in zweifacher Hinsicht geändert: Dem § 10 wurde ein dritter Absatz als Grundsatzbestimmung angefügt. Danach kann die Landesregierung die Rechtsträger von Krankenanstalten ermächtigen, die Speicherung, Verarbeitung und Aufbewahrung von Krankengeschichten anderen Rechtsträgern zu übertragen, wenn für diese Rechtsträger und für die in ihnen beschäftigten Personen eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht besteht oder durch die Landesgesetzgebung auferlegt wird. Die Ermächtigung kann auch die Speicherung, Verarbeitung und Aufbewahrung mittels automationsunterstützter Datenverarbeitung beinhalten. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten durch Rechtsträger, denen die Speicherung, Verarbeitung und Aufbewahrung übertragen wurde, ist nur an Ärzte oder Krankenanstalten zulässig, in deren Behandlung der Betroffene steht. Der § 44 des Krankenanstaltengesetzes, der unmittelbar anwendbares Bundesrecht enthält, wurde insoweit geändert, als nunmehr nicht nur Personen, die an Universitätskliniken oder an Bundeshebammenlehranstalten, sondern auch Personen, die an sonstigen Krankenanstalten, in denen klinischer Unterricht erteilt wird, behandelt werden, unter bestimmten Voraussetzungen für Unterrichtszwecke herangezogen werden dürfen.

Mit der Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 26. Juli 1977, mit der die Verordnung, betreffend die Errichtung von Hebammengremien, geändert wird, BGBl. Nr. 423/1977, wurden erleichterte Voraussetzungen für Wahlvorschläge geschaffen.

Im Hinblick auf die am 4. Juni 1977 stattgefundene Ärztekammerwahl wurde mit der Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 4. Februar 1977, mit der die Ärztekammer-Wahlordnung geändert wird, BGBl. Nr. 54/1977, neben der Neufassung der Aufgaben der Wahlkommission der amtliche Stimmzettel eingeführt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 2. März 1977 über die Anzahl der Kammerräte in der Vollversammlung und im Vorstand der Ärztekammer für Wien, LGBl. für Wien Nr. 5/1977, erlassen.

Als landesgesetzliche Regelung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ist das Gesetz vom 24. Oktober 1977, betreffend die Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes, LGBl. für Wien Nr. 32/1977, zu erwähnen. Danach sind bei Aufnahme nicht anstaltsbedürftiger Begleitpersonen in Krankenanstalten für diese Begleitpersonen die Pflegegebühren jener Gebührenklasse zu entrichten, in welche der Pfegling aufgenommen wurde, abzüglich eines Abschlages, der unter Bedachtnahme auf den geringeren Aufwand für eine Pflegeperson in Hundertsätzen der täglichen Pflegegebühr festzusetzen ist.

Die Ärztekammer für Wien beschloß am 14. Dezember 1976 die Umlagenordnung für das Jahr 1977, die mit 1. Jänner 1977 wirksam wurde. Ihre Genehmigung gemäß § 56 Abs. 2 des Ärztegesetzes erfolgte mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 24. August 1977 zur Pr.Z. 3030.

Ein bedeutendes Aufgabengebiet der Magistratsabteilung für Sanitätsrechtsangelegenheiten bildet die Bearbeitung von Anträgen an die Wiener Landesregierung, betreffend Bewilligungen und Genehmigungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz für alle öffentlichen und privaten Krankenanstalten in Wien. Als umfangreichstes derartiges Vorhaben konnte im Jahre 1977 die gesundheitsbehördliche Betriebsbewilligung für das neue Hauptgebäude der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien erteilt werden. Ins Gewicht fällt weiters die Erteilung von Bewilligungen für Strahleneinrichtungen und für den Umgang mit radioaktiven Stoffen, die der medizinischen Heilbehandlung dienen, nach dem Strahlenschutzgesetz. Davon werden insbesondere alle Röntgendiagnostik- und -therapieeinrichtungen sowie nuklearmedizinischen Einrichtungen im Gebiet der Stadt Wien erfaßt, und zwar ohne Unterschied, ob sie sich in Krankenanstalten oder in Ordinationen von Ärzten beziehungsweise Dentisten befinden. Im Jahre 1977 wurde außerdem mit der im § 17 des Strahlenschutzgesetzes vorgeschriebenen Überprüfung der Strahlenbetriebe begonnen. In einem Großteil der angeführten Angelegenheiten fanden Augenscheinverhandlungen statt. Die übrigen der insgesamt 267 durchgeführten Augenscheinverhandlungen entfielen auf Apothekenbetriebsanlagen, medizinisch-diagnostische Laboratorien, Friedhöfe und Privatbegräbnisstätten.

Im Jahre 1977 waren insgesamt 2.162 Geschäftsstücke zu bearbeiten. Davon bezogen sich 452 auf Krankenanstalten, 418 auf Strahlenschutz, 540 auf Apotheken, 27 auf Dentisten sowie 35 auf Heb-

ammenangelegenheiten. In 34 Fällen war über Verdienstentgangs- und Schadenersatzansprüche nach dem Epidemiegesetz 1950 abzusprechen. Von den 298 Angelegenheiten, die Krankenpflegepersonen betrafen, bezogen sich 258 auf die Bestellung von Mitgliedern für die Aufnahme- und Prüfungskommission. In Verwaltungsstrafsachen wurden 48, in Administrativsachen 15 Berufungsverfahren durchgeführt. Zu Beschwerden, die beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht wurden, waren 7 Gegenschritten zu verfassen. In einem Fall erfolgte eine Äußerung an den Verfassungsgerichtshof in einem Gesetzprüfungsverfahren. Auf die Verwaltung der Stiftung zur Förderung der Tuberkulosebekämpfung bezogen sich 21 Agenden. Im Leichen- und Bestattungswesen wurden 7 Bewilligungen zur Beilegung in bereits bestehende Privatbegräbnisstätten erteilt, 3 Verfahren über die Neuerrichtung von Privatbegräbnisstätten durchgeführt, 19 Anzeigen über Haus- und Kirchenaufbahrungen zur Kenntnis genommen und in 9 Fällen antragsgemäß über die Zuerkennung von Prämien für die Bergung von Wasserleichen entschieden. Die übrigen Geschäftsstücke bezogen sich vor allem auf Dienstrechtsangelegenheiten, auf die Genehmigung der Unterbrechung der Ausbildung zum praktischen Arzt oder zum Facharzt über 6 Monate, auf die Genehmigung von Beschlüssen der Ärztekammer für Wien und auf die Rattenbekämpfung.

Zwei Entwürfe von Landesgesetzen wurden verfaßt. In 31 Fällen waren Stellungnahmen, Berichte oder Äußerungen in verschiedenen sanitätsrechtlichen Angelegenheiten zu erstatten. Zu 12 Besprechungen und Verhandlungen anderer Dienststellen wurden sachkundige Vertreter entsendet.

Anstaltenamt

Die im Zielplan für Krankenversorgung und Altenhilfe festgelegten Richtlinien wurden 1977 vom Anstaltenamt weiter verfolgt, wobei die Probleme im Krankenhausbereich nicht nur von medizinischer Seite kamen, sondern auch finanzielle Aspekte die weitere ärztliche und pflegerische Zielsetzung begrenzten. Die Kostenentwicklung auch im Bereich der Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten zeigt, daß Wirtschaftlichkeit eine unumgängliche Bedingung geworden ist. Für 1977 galt es daher, mit den genehmigten budgetären Mitteln weiterhin die optimale medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, die Versorgung mit Betten in Pflegeheimen zu verbessern und die apparative Ausstattung der Anstalten auf einem dem letzten Stand der Technik in der Medizin entsprechenden Niveau zu halten. Bei allen Überlegungen wurde auch auf die Humanisierung des Krankenhausbetriebes Bedacht genommen.

Im Hinblick auf diese Zielsetzungen waren daher 1977 von besonderer Bedeutung die Eröffnung des Neubaus der Krankenanstalt Rudolfstiftung und der Neurologischen Universitätsklinik, die Umwandlung der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe in ein Pulmologisches Zentrum, die Eröffnung der Internen Kinderabteilung mit Psychosomatik im Wilhelminenspital, wodurch die Schließung des nicht mehr den heutigen Erfordernissen entsprechenden Karolinen-Kinderspitales möglich wurde; weiters der Baubeginn des Pflegeheimes für das Sozialmedizinische Zentrum Ost, die Weiterführung des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses sowie die Anschaffung eines Ganzkörpercomputertomographen für das Röntgendiagnostische Institut des Allgemeinen Krankenhauses. Schließlich sind auch noch die 7 in Bau befindlichen Personalwohnhäuser zu erwähnen.

Von den neuen gesetzlichen Bestimmungen und Verträgen waren vor allem folgende zu beachten:

Mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 22. Dezember 1976, LGBL. für Wien 36/1976, wurde die tägliche Pflegegebühr für die Wiener städtischen Krankenanstalten, mit Ausnahme des C. M. Frank-Kinderspitales Lilienfeld und der Psychiatrischen Krankenhäuser der Stadt Wien, mit 900 S, für das C. M. Frank-Kinderspital mit 740 S und für die Psychiatrischen Krankenhäuser mit 260 S festgesetzt. Die Anstaltsgebühr für Pfleglinge der Sonderklasse wurde von 50 auf 33 Prozent der Pflegegebühr vermindert. Zu diesen Beträgen ist noch jeweils die Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

Der Wiener Landtag beschloß in seiner Sitzung vom 24. Oktober 1977 eine Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz, die vor allem ermöglichte, daß die Gebühren für Begleitpersonen, die mit den Patienten in das Spital aufgenommen werden, verringert wurden. Diese Änderung bringt vornehmlich für Mütter, die mit ihren Kindern aufgenommen werden, eine finanzielle Erleichterung. In den Kinder Spitälern wurde die tägliche Besuchszeit auf mindestens eine Stunde festgesetzt.

Der Ausbau, die Erhaltung und Modernisierung der Wiener Kranken- und Wohlfahrtsanstalten erforderten bedeutende Investitionen. Für den Bereich „Pflegeheim“ im Sozialmedizinischen Zentrum Ost war der Baubeginn mit Februar 1977 vorgesehen. Im Laufe des Jahres konnte der Rohbau bis zum 1. Obergeschoß geführt werden. Der Bereich „Pflegeschool und Internat“ wurde bereits im Rohbau fertiggestellt und ist hinsichtlich Haustechnik und inneren Ausbauarbeiten weit gediehen. Für beide Bauten standen 91 Millionen Schilling zur Verfügung. Da die Aufnahme des ersten Jahrganges im

Schuljahr 1978/79 vorgesehen ist, wurde Anfang 1977 für Funktionsplanung, Betriebsorganisation sowie für Planung und Bereitstellung von Betriebsmitteln ein zuständiger Referent ernannt. Die Planung der Einrichtung für Schule und Internatsprovisorium ist abgeschlossen, die Detailplanung der übrigen Bereiche wird fortgesetzt. Der Bereich „Personalwohnheim“ ist im Rohbau ganz und im Innenausbau zu etwa 60 Prozent fertiggestellt.

Seit 1976 sind 7 Personalwohnhäuser mit insgesamt 1.525 Wohneinheiten in Bau, die im Laufe des Jahres 1978/79 fertiggestellt und etappenweise bezogen werden. Ein achtetes Personalhaus im Wilhelminenspital mit 202 Wohneinheiten befindet sich im Stadium der behördlichen Genehmigungsverfahren.

Das modernste Krankenhaus Wiens, die Krankenanstalt Rudolfstiftung, wurde mit einem Kosten-erfordernis von insgesamt rund 850 Millionen Schilling erbaut und eingerichtet. Das Haus stand während der gesamten Bauzeit in Betrieb, wurde kontinuierlich bezogen, so daß keine Betriebsunterbrechung eintrat. Die Eröffnung wurde am 29. November 1977 vorgenommen. Die Krankenanstalt besteht aus einem 13geschossigen Bettenhaus mit rund 900 Betten, verfügt über apparativ bestens eingerichtete Abteilungen, wie über eine optimal ausgestattete Neurochirurgie, über eine Hals-Nasen-Ohren- und Augenabteilung sowie über eine Chirurgie, in der mit Hilfe von Laserstrahlen operiert wird.

Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien-Universitätskliniken wurde im Jahre 1977 weitergeführt; der Kostenanteil der Stadt Wien betrug 404,3 und damit um 4,3 Millionen Schilling mehr als 1976. Am 11. März konnte die Neurologische Universitätsklinik eröffnet werden.

Die ehemalige Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wurde in das Pulmologische Zentrum der Stadt Wien umgewandelt und organisatorisch neu gegliedert. Dabei fanden die Richtlinien des vom Gemeinderat genehmigten „Zielplanes Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien“ Anwendung. Erstmals wurde eine fachorientierte Abteilung eines Pflegeheimes in eine städtische Krankenanstalt integriert.

Im Krankenhaus Lainz wurde die Ambulanz für Dermatologie mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen und die gynäkologische Abteilung mit einem von 37 Millionen Schilling fertiggestellt. Für Vorhaben der Energieversorgung wurden 44 Millionen Schilling, für die Einrichtung des Pavillons V und VIII sowie der Pavillons XII und XVII im Pflegeheim Lainz 18.230.000 S aufgewendet. Davon entfielen auf die Neudaptierung des Pavillons XVII allein 1,5 Millionen Schilling.

Für die Einrichtung von Krankenpflegeschulen standen 2,3 Millionen, für die Verbesserung der Einrichtungen von Krankenabteilungen 20 Millionen Schilling zur Verfügung. Weitere Investitionen wurden für die Einrichtung von Röntgenabteilungen und Labors mit jeweils 11 Millionen sowie für die von verschiedenen Ambulanzen mit 2 Millionen Schilling getätigt.

Aus medizinischer Sicht besonders erwähnenswert waren die Anschaffung von 2 Zellseparatoren für die Blutersatzstelle im Betrag von 1,6 Millionen und die des Ganzkörpercomputertomographen mit 9.185.000 S im Röntgendiagnostischen Institut, beide im Allgemeinen Krankenhaus.

Beträchtliche Mittel mußten im Jahre 1977 von der Stadt Wien auch für die verschiedenen Vorhaben durch Umstellung auf Erdgas aufgewendet werden. Sanitäre Einrichtungen, wie Installationen von Bädern, Einbau von WC-Anlagen oder von Leibschrüsselspülern, wurden mit einem Kostenaufwand von rund 10 Millionen Schilling verbessert. Für Vorhaben, die ganz allgemein mit der Bezeichnung „Patientenbezogene bauliche Maßnahmen“ überschrieben werden können, wurden 15 Millionen Schilling aufgewendet. Diese Investitionsvorhaben sind in besonderem Maße geeignet, den optischen Eindruck der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten zu verbessern und somit die Umwelt der Patienten positiv zu beeinflussen.

Seitens der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales wurde die „Planungskommission für die Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien“ umstrukturiert und dem Anstaltenamt — Sachgebiet „S“ (Organisation, Planung und Sicherheitsangelegenheiten) die Durchführung und laufende Betreuung übertragen. Die verschiedenen Fragen der Sicherheitstechnik, wie Arbeitnehmer-, Strahlen- und Brandschutz, wurden mit 1. Jänner 1978 dem Sachgebiet „S“ zugewiesen, das ab diesem Zeitpunkt für alle sicherheitstechnischen Fragen zuständig ist. Mit der Erarbeitung von Unterlagen und den Vorarbeiten für Schulungsprogramme, mit der Schaffung von Normen und der allgemeinen Information in allen Sicherheitsangelegenheiten wurde begonnen. Erstmals in städtischen Krankenanstalten wurden in der Krankenanstalt Rudolfstiftung Brandschutzübungen durchgeführt; mit dem Aufbau eines Lehrfilmprogramms über das Verhalten im Brandfall wurde begonnen. Die Schulung der Brandschutzbeauftragten wird fortgesetzt.

Gemäß Voranschlag 1977 verfügen die Wiener Krankenanstalten, einschließlich Allgemeines Krankenhaus, jedoch ohne Psychiatrische Krankenhäuser, über einen Normalstand von rund 11.000 Betten, der aber infolge Zu- und Umbauten, Adaptierungen, Reinigungsarbeiten und Personalurlauben nicht zur Gänze ausgenutzt werden konnte. 8.851 Betten mit 3.230.615 Pflegetagen wurden angenommen, doch konnten bei 212.933 Aufnahmen nur insgesamt 3.041.125 Pflegetage erreicht werden. Die durchschnittliche Verweildauer ist weiter leicht gesunken und betrug für 1977 14,29 Tage.

Die Psychiatrischen Krankenhäuser Baumgartner Höhe und Ybbs an der Donau verfügten unter Zugrundelegung des Voranschlags 1977 über einen Bettenstand von 3.833 Betten. Aufnahmen erfolgten ausschließlich im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe. Im Jahre 1977 waren es 5.641 Patienten, davon 2.969 Frauen und 2.672 Männer. 4.539 Personen wurden entlassen, 1.089 verstarben. 1.269.008 Pflégetage sind angefallen.

In den Pflegeheimen standen 6.211 Betten zur Verfügung gegenüber 6.472 im Jahre 1976. Die geringfügige Abnahme ist auf Modernisierungen und Adaptierungen im Sinne patientenbezogener Maßnahmen zurückzuführen. Aufgegliedert nach den einzelnen Pflegeheimen betrug der systemisierte Bettenstand in Lainz, Baumgarten, Liesing, St. Andrä und Klosterneuburg jeweils 3.584, 1.440, 626, 280 und 281 Betten. Im Pflegeheim Baumgarten wurde mit 1. Juli der Bettenstand um 240 auf 1.200 Betten reduziert. Ab 1. Oktober konnte im Pulmologischen Zentrum — ehemalige Lungenheilstätte Baumgartner Höhe — eine Pflegeabteilung mit 76 Betten eingerichtet werden, die an das Pflegeheim Baumgarten angeschlossen ist. In diese Anstalten gelangten 3.097 pflegebedürftige Personen zur Aufnahme, davon 1.624 aus der Wohnung und 1.473 als Prokuratiofälle. 465 Personen sind entlassen worden oder ausgetreten, 2.767 verstarben. 1.944.990 Pflégetage waren zu verzeichnen. Am 31. Dezember 1977 waren 1.741 Anträge auf Aufnahme in ein Pflegeheim infolge Mangels an freien Betten noch unerledigt. Das tägliche Pflegeentgelt in den Pflegeheimen der Stadt Wien wurde durch Beschluß der Wiener Landesregierung vom 22. Dezember 1976 mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1977 auf 150 S pro Tag und Pflégling erhöht.

Der Stand der Schüler und Schülerinnen an den 7 allgemeinen Krankenpflegeschulen und an den 3 Kinderkrankenpflegeschulen betrug am 31. Dezember 1977 1.217, wovon 324 das 1. Ausbildungsjahr besuchten (Dezember 1976: 1.455). Die Zahl der Austritte wegen Lernschwierigkeiten und voraussichtlichem Nichterreichen des Ausbildungszieles liegt 1977 höher als in den Vorjahren. Es ist zu hoffen, daß durch die Erstellung von Eignungsgutachten eine bessere Selektion bei den Aufnahmen möglich sein wird. Im Jahre 1977 haben 251 Schülerinnen und Schüler ihr Diplom erhalten, davon 78 mit Auszeichnung gegenüber 76 im Jahr vorher. Da die Krankenpflegeschule Rudolfstiftung im Februar und im September einen Lehrgang abschloß, waren es im Jahre 1976 hingegen 304 Schüler und Schülerinnen.

An den Ausbildungsstätten für psychiatrische Krankenpflege in Wien — Baumgartner Höhe und in Ybbs an der Donau standen 143 Schüler und Schülerinnen in Ausbildung. An den beiden Schulen konnten insgesamt 43 Schwestern und Pfleger (1976: 28) ihr Diplom entgegennehmen, davon haben 7 (1976: 8) die Prüfungen mit Auszeichnung bestanden.

Die Lehranstalt für humanitäre Berufe am Elisabethspital wurde in zwei Jahrgängen geführt und von 79 Schülern (1976: 82) besucht.

An den medizinisch-technischen Schulen im Allgemeinen Krankenhaus, am Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz und am Wilhelminenspital studierten am 31. Dezember 1977 insgesamt 689 Schülerinnen und Schüler (1976: 672). 167 legten ihr Diplom ab, davon 38 mit Auszeichnung. Im Jahre 1976 waren es 293 Schüler, davon hatten 44 Auszeichnung.

Die beiden Schulen für den physiotherapeutischen Dienst im Allgemeinen Krankenhaus und am Wilhelminenspital schließen den Lehrgang erst im Februar 1978 ab.

Wie bisher wurden auch 1977 am Allgemeinen Krankenhaus Sonderausbildungskurse für den Krankenpflegedienst abgehalten. Insgesamt 55 diplomierte Krankenpflegepersonen haben sich im Kursjahr 1976/77 einer Sonderausbildung unterzogen. Im Februar 1977 wurde ein Sonderausbildungskurs für Intensivpflege- und Dialyseschwwestern, im Herbst je ein Kurs für leitendes und lehrendes Krankenpflegepersonal begonnen. Im Jahre 1977 haben gemäß § 57 a des Krankenpflegegesetzes 57 Stations-, 15 Operations- und 20 Hausschwwestern an zweiwöchigen Fortbildungskursen teilgenommen. Im Rahmen der Verwaltungsakademie wurden für Leiter des Pflegedienstes und deren Vertreter sowie für Schulerinnen, Lehrvorsteher und leitende Lehrassistentinnen Fortbildungskurse durchgeführt, die insgesamt 47 Personen besuchten.

13 Absolventen haben die Lehranstalt für Pfleger von Langzeit- und Chronischkranken am Franz Josef-Spital verlassen (1976: 12). Anfang Oktober 1977 sind 22 Personen in diese Schule eingetreten.

Ein Ausbildungskurs für Stationsgehilfen und -gehilfinnen in der allgemeinen Krankenpflege (2. Bildungsweg) wurde im Mai 1977 mit 31 Lehrgangsteilnehmern abgeschlossen; 10 haben die Diplomprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden. Im November 1977 wurde neuerlich ein Lehrgang an der Krankenpflegeschule Lainz begonnen; die Teilnehmerzahl betrug 54.

In Arbeitskreisen wurden Unterlagen zu einem Curriculum für die Ausbildung von Stationsgehilfen sowie Stoffpläne für die im Krankenpflegegesetz festgelegten Unterrichtsfächer erarbeitet. Außerdem konnte eine Kursordnung für alle Sanitätshilfsdienstkurse fertiggestellt werden. Ferner wurden auch

die praktischen Ausbildungsziele für das 2., 3. und 4. Ausbildungsjahr an allgemeinen Krankenpflegeschulen sowie an Kinderkrankenpflegeschulen erstellt. Zusätzlich konnten eine Erläuterung zum praktischen Beurteilungsbogen und Einlageblätter für Spezialpraktika entworfen werden. Weiters wurde die Erarbeitung von Stoffplänen für die in der 1. Krankenpflegeverordnung enthaltenen Pflegefächer fortgesetzt.

Vorschläge wurden erarbeitet, um das Wecken der Patienten zu einer allzu frühen Morgenstunde zu vermeiden. Der Maßnahmenkatalog, Umschichtung der Tätigkeiten von Nacht- auf Tagdienst und umgekehrt, hat in den meisten Krankenanstalten und Pflegeheimen zu einer Weckzeit geführt, die bei 5 Uhr liegt.

Die nach dem Bundesgesetz vom 22. März 1961, betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste, BGBl. Nr. 102/1961, vorgeschriebenen periodischen Untersuchungen der Bediensteten in den Krankenanstalten sowie der Krankenpflegeschüler und -schülerinnen wurden laufend durchgeführt. Im Winter 1976/77 wurde, wie auch in den Vorjahren, einvernehmlich mit dem Gesundheitsamt für alle Bediensteten im Bereich des Anstaltenamtes eine Grippeimpfaktion auf freiwilliger Basis durchgeführt, die auch im Winter 1977/78 ihre Fortsetzung fand.

Das im Jahre 1968 in der Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien eingerichtete zentrale Depot für Schlangengiftsera hat sich gut bewährt und wurde mehrmals in Anspruch genommen. Das in der Rettungszentrale errichtete Depot an FSME-Immun-Globulin wurde 1977 sehr stark in Anspruch genommen. Bisher mußte kein einziger Patient wegen Mangels an Impfstoffen abgewiesen werden. Seit Einführung der FSME-Vaccine-Immuno zur aktiven Immunisierung erfolgte die Verwendung nicht mehr prophylaktisch, sondern nur noch nach bereits erfolgtem Zeckenbiß.

Wie in den Vorjahren bestand auch 1977 bei der Bettenzentrale gelegentlich ein Mangel an Betten, vor allem in den Abteilungen für Interne Medizin und Urologie sowie auch in den Unfallstationen. Die Nachfrage nach Betten in der Orthopädie, aber auch in der Neurologie ist gestiegen. Die Zahl der Patienten, die auf Aufnahme in ein Pflegeheim warten, ist ebenso gestiegen; es besteht ein zunehmender Mangel an Betten in Pflegeheimen.

Für den wissenschaftlichen Fonds stand 1 Million Schilling zur Verfügung. Die Zahl der Ansuchen ist weiterhin gestiegen.

Auch im Jahre 1977 wurden die Fortbildungskurse für Sanitätsgehilfen, an denen Angehörige des Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Polizeidirektion Wien gemeinsam mit Bediensteten des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien teilnahmen, weiter durchgeführt. Die Kurse wurden im Vortragssaal des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes abgehalten und waren sehr gut besucht. Wie in den Vorjahren wurden auch im Jahre 1977 Fortbildungskurse über Perinatalogie für Ärzte, Hebammen und Schwestern abgehalten.

Der Leiter des Fachreferates für medizinische Angelegenheiten nimmt regelmäßig an Besprechungen teil, bei denen Vertreter des Gesundheitsamtes, des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, des Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Feuerwehr, der Polizeidirektion Wien, der Bundesbahnen und des Bundesheeres Maßnahmen festlegen, die im Katastrophenfall ein möglichst zweckmäßiges und rasches Vorgehen gewährleisten. Die Zweckmäßigkeit dieser Kontaktgespräche und die daraus resultierende Koordination haben sich bereits bei mehreren Einsätzen bewährt. Neu geschaffen werden soll eine „Dachcrew“, die im Katastrophenfall Verletzte beziehungsweise Personen mit Hubschraubern von Hochhausdächern birgt. Eine einschlägige Übung fand bereits in Zusammenarbeit mit dem Bundesheer, der Feuerwehr, der Polizei und dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst statt.

Im Personalstand trat eine Erhöhung von 19.631 Posten mit 1. Jänner 1977 auf 19.915 am Jahresende ein. Für Neuerrichtungen in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wurden 225 Dienstposten benötigt und geschaffen, wobei 3 auf das Sozialmedizinische Zentrum Ost, 2 auf die Krankenanstalt Rudolfstiftung, 36 auf das Allgemeine Krankenhaus, 3 auf das Krankenhaus Lainz und 128 auf das Pflegeheim Lainz, 11 auf das Pulmologische Zentrum der Stadt Wien, 12 auf das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe und 3 auf das in Ybbs an der Donau entfielen. Durch die Schließung des Karolinen-Kinderspitals wurden 45 Dienstposten eingespart. Für das Jahr 1978 war eine Vermehrung von 289 Posten beantragt und genehmigt worden. Davon entfielen 60 auf Ärzte, 52 auf medizinisches Fach- und Hilfspersonal, 155 auf Pflegepersonal sowie 18 auf Haus-, Reinigungs- und technisches Personal.

Beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst wurde im Zuge der Verbesserungen der fernmeldetechnischen Einrichtungen im Rettungsjournal ein dritter Bedienplatz zur Weiterleitung der Einsätze über Funk und Telefon in Betrieb genommen. Das neue Sanitätsjournal (Leitstelle der Krankenbeförderung) wurde mit einer neuen Telefonanlage mit 5 Bedienplätzen ausgestattet, der Einbau des Selektivrufes auf 2 Funkplätzen konnte fertiggestellt werden. Die Inbetriebnahme er-

folgte mit 15. Dezember 1977. Durch diese Maßnahmen wurde eine wesentliche Verbesserung der Funktionstüchtigkeit dieser beiden Leitstellen erreicht.

In Zusammenarbeit mit medizinisch-technischen Firmen und einer Karosseriefirma konnte der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst unter Mitwirkung der Ärzte und Mannschaften den Rettungswagen mit Herzalarmeinrichtung, Type Ford, wesentlich verbessern. Durch die Anschaffung einer fahrbaren verstellbaren Krankentrage sowie durch die patientengerechte Anbringung der Herzalarm- und Beatmungsgeräte wird eine noch bessere und schnellere Behandlung gewährleistet. Der durch diese Abänderungen erzielte Raumgewinn ermöglicht dem Arzt, sowohl bei der Erstbehandlung als auch beim Transport, eine bessere Kontrolle des Notfallpatienten. Der Rettungsdienst verfügte über 4 nach diesem Konzept ausgestattete Ambulanzwagen. Eines dieser Einsatzfahrzeuge wurde am 22. März 1977 anlässlich einer Pressekonferenz durch den Amtsführenden Stadtrat für Gesundheit und Soziales, Univ.-Prof. Dr. Stacher, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Weiters konnte ein Großraumrettungswagen Typ VW-LT, gemäß der DIN-Norm 75080 angeschafft werden. Dieses Fahrzeug, das wesentlich mehr Behandlungsraum bietet, stellt einen vertretbaren Kompromiß zwischen dem in der Großstadt und in der Praxis nicht einsetzbaren Klinomobil und unserem modifizierten Rettungswagen dar. Die Ausstattung und die Inneneinrichtung wurden von der Lieferfirma den Erfordernissen des Wiener Rettungsdienstes angepaßt. Eine Schwebetragbahre, die einen nahezu erschütterungsfreien Transport des Patienten gewährleistet, sowie deren elektromechanische Verstellbarkeit für jede notwendige Lagerung des Patienten sind wesentliche Vorzüge der Innenausstattung. Die direkte Zuleitung des Sauerstoffes von der Wagenmitte zur Beatmung und zur Absaugung ermöglicht einen Zugang ohne Behinderung rund um die Schwebetrage. Vakuummatratzen oder Bergetragbahnen können nunmehr durch den großen Innenraum des Fahrzeuges mitgeführt werden. Eine abklappbare zweite Krankentrage ermöglicht den Transport und die Behandlung von 2 Patienten auf gleicher Ebene. Rettungswagen dieser Art werden in Deutschland, Holland und Frankreich bereits mit Erfolg verwendet. In Wien wird dieses Fahrzeug nach Typisierung und Einbau der Herzgeräte etwa Anfang April 1978 zum Einsatz kommen. Ferner konnten im Betrag von 480.000 S 15 tragbare Funkgeräte angeschafft werden. Diese Geräte ermöglichen bei einem vom Ambulanzwagen entfernten Einsatzort, wie in einer Wohnung oder dort, wo keine Zufahrtsmöglichkeit besteht, die Kontaktaufnahme sowohl mit dem Rettungswagen als auch mit der Funkleitstelle. Dadurch können vom Lenker am Einsatzort gebrauchte Geräte schneller angefordert werden oder Voranmeldungen in Spitälern rascher erfolgen.

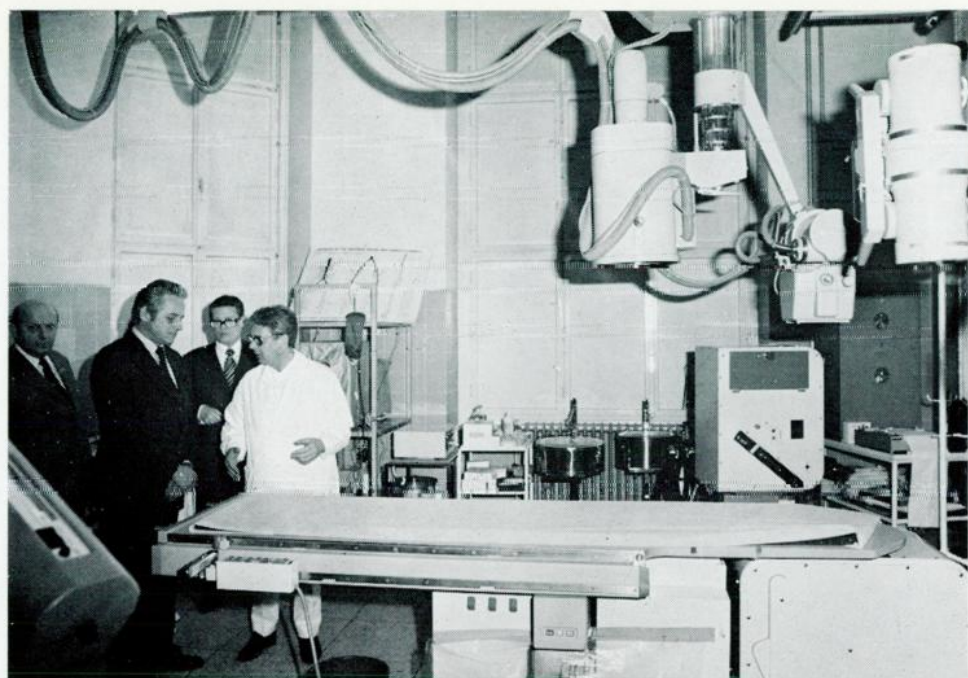
Für die Einsatzfahrzeuge des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes wurde, außer der periodisch jährlich vorzunehmenden Prüfung der Betriebssicherheit durch die Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark, eine mit vorhandenen Testgeräten durchzuführende Untersuchung der Betriebssicherheit, ähnlich den bei den Autofahrerclubs vorhandenen Kfz-Tests, eingeführt, die mindestens einmal jährlich an jedem Fahrzeug vorgenommen wird. Ferner wurden bei einer Autowerkstätte Bremsproben mit Zertifikat durchgeführt. Diese neue Art von Kfz-Überprüfungen im eigenen Bereich hat sich bewährt und ist neben der erhöhten Sicherheit der Kraftfahrzeuge auch zur Früherkennung von Schäden am Fahrzeug von besonderer Bedeutung. Dadurch können größere Reparaturen oftmals vermieden werden.

Im Jahre 1977 betrug die Einsatzeleistung des Rettungsdienstes 51.305 Einsätze mit 506.377 km. Dies bedeutete gegenüber 1976 eine Zunahme um 2.934 Ausfahrten. Der Krankenbeförderungsdienst hat im selben Zeitraum 66.714 Einsätze mit 833.536 km geleistet, was gegenüber 1976 eine Verminderung um 594 Ausfahrten ergab.

Im wirtschaftlichen Bereich wurde mit der Einführung der Kostenrechnung die Voraussetzung geschaffen, daß trotz weiterer Verbesserung der medizinischen Leistungsfähigkeit bei der Führung der Krankenanstalten die wirtschaftlichen Gesichtspunkte besser beachtet werden können. Ein Projektteam ist seit Juni 1977 entsprechend der Verordnung des § 59 des Krankenanstaltengesetzes mit der Einführung der Kostenrechnung in den städtischen Krankenanstalten beschäftigt und führt diese bereits in 5 Krankenanstalten durch. Zur Weiterbildung der Beamten des Anstaltenamtes sowie zur Vorbereitung auf die weiteren Aufgabenstellungen wurden verschiedene Seminare, darunter auch Gruppentraining sowie Kurse über Kostenrechnung in Krankenanstalten, durchgeführt oder fortgesetzt.

Auf dem Lebensmittelsektor konnten durch laufende Preisverhandlungen über Tiefkühlgemüse, Fische, Fleisch, Wurstwaren, Geflügel und Molkereiprodukte günstige Abschlüsse getätigt und oft weit unter dem allgemeinen Preisniveau liegende Einkaufspreise erzielt werden.

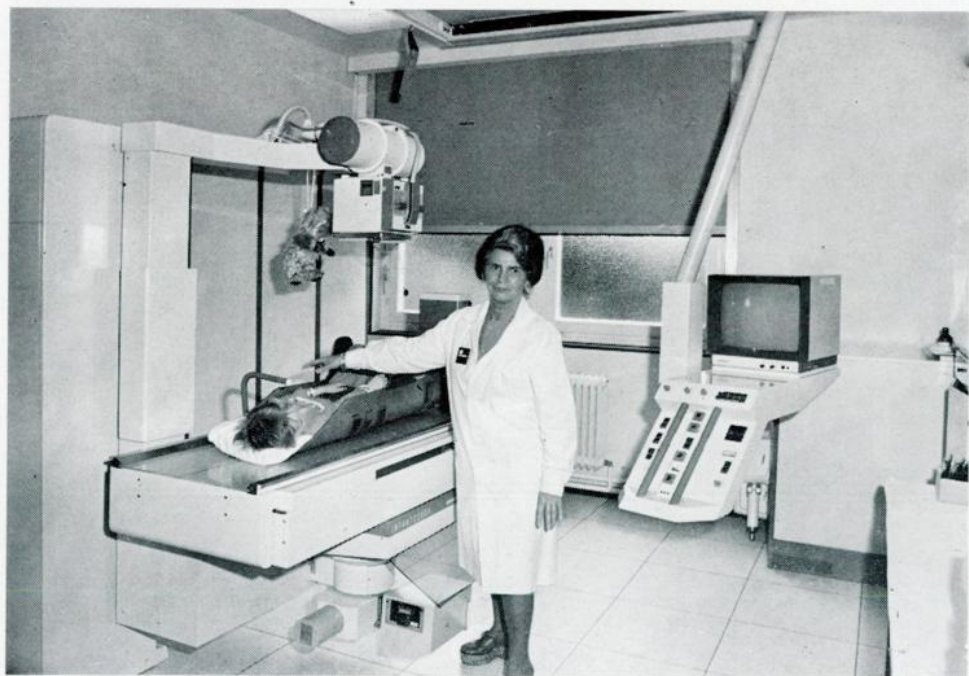
Preisverhandlungen oder Abschlüsse sowohl bei Einmal-Artikeln, wie Einmal-Spritzen, -Nadeln, Infusionsgeräten, -Urinauffangsäckchen, -Handschuhen und Einmal-Wäsche als auch bei Röntgenfilmen, Dialysespuhlen, Fieberthermometern usw. wurden durchgeführt. Dasselbe gilt auch für den Einkauf von Verbandstoffen, Heft- und Wundpflastern sowie von Desinfektionsmitteln.

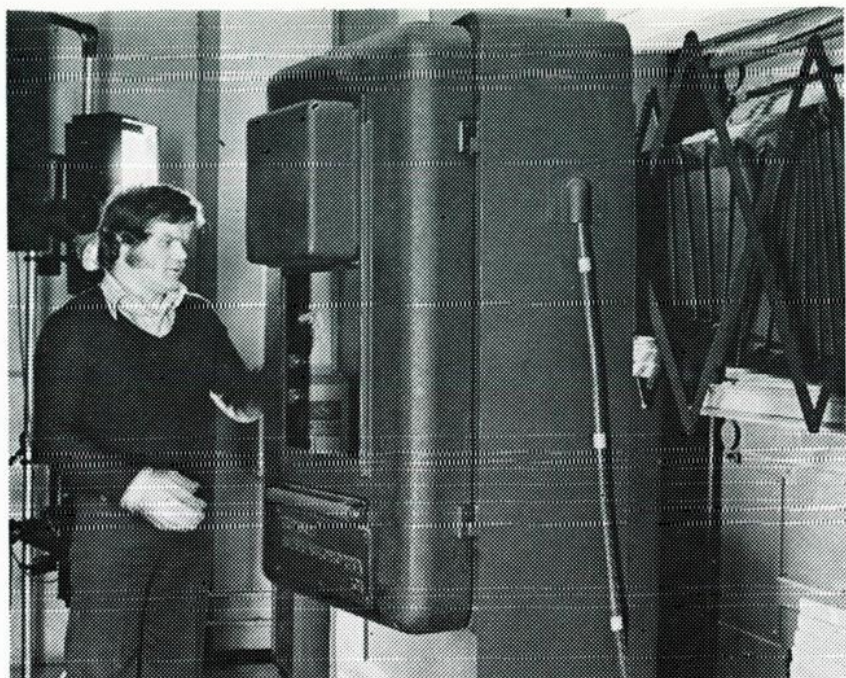


Bürgermeister Leopold Gratz und Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher (Gesundheit und Soziales) bei der Eröffnung des Gefäßchirurgischen Zentrums im Krankenhaus Lainz

Gesundheitswesen

In der neuen Röntgenstation des Preyer'schen Kinderspitals der Stadt Wien wurde ein spezielles Röntgen-diagnostikgerät für Kinder installiert





Dem Einsatz des Mikrofilms in der Stadtvermessung kommt immer größere Bedeutung zu.
Im Bild ist eine Aufnahmekamera zu sehen

Stadtvermessung

Technische Verkehrsangelegenheiten

Entfernung des 100. Verkehrszeichens im Rahmen der „Aktion Schilderwald“ in der Wiener Innenstadt



Auf dem Bekleidungs- und Wäschesektor wurden weitere Modernisierungen vorgenommen. Für die männlichen Patienten der Psychiatrischen Krankenhäuser wurde mit der Einführung neuer Anstaltskleidung in mehreren Farben und besserer Qualität begonnen, wodurch ein weniger uniformgleiches Aussehen erreicht und damit auch das Wohlbefinden der Patienten verbessert wurde. Die Umstellung der Dienst- und Arbeitskleider auf Mischgewebestoffe wurde weitergeführt. Durch die Inbetriebnahme eines neuen Tunnelfinishers in der Zentralwäscherei kann die Bearbeitung von Pflegeleichtartikeln nunmehr auch im eigenen Bereich durchgeführt werden.

Für die Verpflegung sowohl der Patienten und Pfeglinge als auch der Pflegeschülerinnen wurde zweimal eine Erhöhung der Verköstigungsquote beantragt und von der Finanzverwaltung bewilligt; ferner wurde mit 1. Jänner 1977 die Verköstigungsquote für das Tag- und Nachtspital im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe angehoben. Mit Wirksamkeit vom 1. September 1977 ist auch der Beitrag für den Gästetisch neu festgesetzt worden, um eine qualitativ und quantitativ entsprechende Verköstigung der Werkküchenteilnehmer sicherzustellen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden auch 1977 seitens der Anstaltsapotheken intensive Medikamentenkontrollen auf den einzelnen Stationen mit größtem Erfolg durchgeführt. Für eine der kostenaufwendigsten Medikamentengruppen, die Antibiotika, hat das Anstaltenamt unter Mitarbeit von Herrn Dr. E. Lang, Facharzt für antibakterielle Chemotherapie, eine Transparenzliste erarbeitet, die den Ärzten der Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten zur Verfügung gestellt wurde.

Im Jahre 1977 wurde in der Zentralwäscherei eine Waschleistung von 7.114.479 kg Reinwäsche erzielt. Die Tagesleistung betrug demnach mehr als 28,2 t Reinwäsche. Von dieser Gesamtsumme entfielen 6.617.686 kg auf Kalanderswäsche, 262.056 kg auf Handbügelwäsche und 234.737 kg auf Trockenwäsche. Fast die gesamte Wäsche wurde mit dem betriebseigenen Fuhrpark von den Anstalten abgeholt und termingerecht wieder zugestellt. Verglichen mit dem Jahre 1976 sank die Gesamtwaschleistung um 76.961 kg oder um mehr als 1 Prozent, da die Normalarbeitszeit um 7,5 Prozent verkürzt wurde.

Neu angeschafft wurden 2 automatische Kittelfalttische, 1 Lastkraftwagen, 1 Schneepflug und 1 Kehrmaschine.

Im Jahre 1977 wurden für 1 kg Trockenwäsche (ungebügelt) 5 S, für 1 kg Kalanderswäsche (maschinengebügelt) 7 S und für 1 kg Handbügelwäsche 10 S verrechnet.

Der überwiegende Teil der angefallenen Reparatur-, Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten in der Zentralwäscherei wurde durch das betriebseigene Personal durchgeführt, Privatfirmen wurden nur vereinzelt herangezogen.

Die Einrichtung des „Ombudsman“ für die Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime hat sich nach Ansicht des Fachreferates für medizinische Angelegenheiten gut bewährt und wird von Patienten und ihren Angehörigen immer mehr in Anspruch genommen. In Presseartikeln und persönlichen Dankschreiben wurde dies mehrfach zum Ausdruck gebracht. Es war möglich, in vielen Fällen positiv und entscheidend einzugreifen, Beschwerden an Presse, Rundfunk und dergleichen zu vermeiden und somit wesentlich zu einem Abbau von Vorurteilen und zu einem besseren Kontakt der Bevölkerung zum Magistrat der Stadt Wien beizutragen.